Nr. 278 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 139

Morgen-Ausgabe

1,50 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 15. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Ergänzung der Reparationsnote.

Paris, 14. Juni. (WTB.) Durch Vermittlung der Kriegslastenkommission in Paris hat die Reparationskommission an die deutsche Regierung die angekündigte ergänzende Note zu ihrer Mitteilung vom 31. Mai gerichtet, auf die sie sich eingangs der neuen Note bezieht.

Die Reparationskommission weist darauf hin, daß

die Einzelberatungen des Garantiekomitees

über folgende Punkte bereits vereinbart sind: 1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches. 2. Mißbräuchliche Kapitalsausfuhr. 3. Statistik. Ueber diese drei Punkte erklärt die Kommission das Ergebnis der Verhandlungen des Garantiekomitees mit der deutschen Regierung abwarten zu wollen. Bei den noch in der Schwebe befindlichen Punkten heißt es unter 1. Zwangsanleihe: Die Kommission erwartet, daß alle Dispositionen getroffen werden, um

bis zum 1. Januar 1923 zu diesem Zwecke mindestens 40 Milliarden Mark Einnahmen

zu erzielen. 2. Defizit des Budgets der öffentlichen Betriebe: Die Kommission stellt fest, daß der ihr unterbreitete Haushaltplan keine ergänzenden Einnahmen zur Deckung dieses Defizits vorsieht. Zwar kündigte der Reichskanzler in seinem Schreiben vom 28. Mai eine Reihe von Ausgabenbeschränkungen an, aber es sei keine Rede von den Mitteln, mit denen die außerordentlichen Ausgaben der öffentlichen Betriebe gedeckt werden sollen, die sich für die Eisenbahnen auf 16 986, für die Post auf 2534 Millionen beziffern. Hierüber erwartet die Kommission von der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge. 3. Autonomie der Reichsbank: Die Kommission erkennt an, daß das deutsche Gesetz über die Autonomisierung der Reichsbank der deutschen Regierung das Recht entzieht, direkt auf den Gang der Finanzoperationen einzuwirken, wie sie es nach dem Gesetz von 1875 konnte. Damit indessen die Unabhängigkeit der Reichsbank tatsächlich hergestellt werde, müsse die Bank nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängiges Personal haben. Die Kommission sei der Auffassung, daß die Rechte der deutschen Regierung bei der Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrats der Reichsbank sich nach der neuesten Regelung auf eine Kontrolle beschränken, die in Form eines einfachen Einspruchsrechtes ausgeübt wird, und daß den Aktionären oder ihren Vertretern volle Freiheit bei der Wahl gelassen wird. Auf diese Bestimmung legt die Kommission großen Wert. Sie würde es sogar vorziehen, daß das Einspruchsrecht sich nur auf die Wahl des Präsidenten bezöge. Außerdem würde sie es für angebracht halten, daß der Präsident immer aus den Mitgliedern des im Amte befindlichen Aufsichtsrats gewählt würde. Die Kommission verlangt von der deutschen Regierung eine Bestätigung der von ihr obenstehend zum Ausdruck gebrachten Auslegung. Die

Kommission besteht nicht darauf, daß nun auf diese Punkte sofort ein neues Gesetz angenommen wird,

falls die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Intentionen der Kommission auf dem Verwaltungswege durchzuführen. Sie behält sich jedoch das Recht vor, ein neues Gesetz zu verlangen. Wichtiger als die Unabhängigkeit der Reichsbank selbst erscheint der Kommission im Interesse einer Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredits, daß die Reichsbank der deutschen Regierung nur noch nach dem Grundsatz einer gesunden Bankpolitik Vorschüsse leistet. Die Unabhängigkeit der Bank kann daher nach ihrer Ansicht erst wirksam werden, wenn die

Reichsbank nicht mehr die Ermächtigung besitzt, Noten gegen Schatzscheine auszugeben.

Die Kommission erkennt an, daß jede Einschränkung der Inflation von der Deckung der öffentlichen Ausgaben durch tatsächliche Einnahmen an Steuern und inneren Anleihen abhängt, und daß es zurzeit verfrüht wäre, die im Gesetz von 1875 vorgesehene und seit 1914 beseitigte Begrenzung der Papiergeldausgabe wieder herstellen zu wollen, wenn nicht vorher die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht seien. Die deutsche Regierung müsse aber schon jetzt die Wiederherstellung einer vernünftigen Begrenzung des Emissionsrechtes vorbereiten und fortgesetzt ernste Anstrengungen machen, um sie sobald wie möglich durchzuführen. Anderenfalls wäre wieder zu befürchten, daß die

Opfer, die jetzt vom deutschen Volke verlangt werden,

um dem Anwachsen der schwebenden Schuld Einhalt zu tun, nicht ihr Ziel erreichen.

Die Note ist unterzeichnet von Dubois (Frankreich), John Bradbury (England), Leon Delacroix (Belgien) und Salvaggio-Raggi (Italien).

Armenien und Angora.

Die sozialistische Partei Armeniens wendet sich mit einer Denkschrift an die Oeffentlichkeit, in der die jüngsten Christenmetzeleien in dem selbständigen Teile der Türkei dokumentarisch festgelegt werden. Die Hauptquelle bilden Berichte des amerikanischen Hilfswerks „Near East Relief". Die Amerikaner sind sehr genaue und objektive Beobachter. An der Zuverlässigkeit der Berichte kann nicht gezweifelt werden. Den Vertretern der türkischen Regierung von Angora scheinen die amerikanischen Augenzeugen deshalb sehr unbequem zu sein. Die hervorragendsten Mitglieder des Hilfswerks wurden nach den Angaben der Denkschrift aus Angora ausgewiesen, den anderen verboten, ohne Regierungserlaubnis und Aufsicht ihren Aufenthaltsort zu wechseln. Es würde zu weit führen, auf die Metzeleien, denen Tausende von Christen zum Opfer gefallen sind, des näheren einzugehen.

Der Führer der amerikanischen Mission Ward ist mit dem italienischen Delegierten Tuozzi, der das Gebiet im Januar dieses Jahres besuchte, darin einer Meinung, daß die von den Türken befolgte Politik den Zweck hat, die christlichen Minderheiten auszurotten. Als Beleg für seine Behauptung führt Ward neben den Tatsachen die Aeußerung eines türkischen Kommissars für Volksbildung an, im Jahre 1915 hätten die Türken die Ausrottung der Nichttürken unvollendet gelassen, diesmal würden sie ihre Sache gründlich machen. Bezeichnend sei auch ein Zwischenfall, der sich am 29. Mai im großen Nationalrat von Angora ereignete. Als ein oppositioneller Deputierter die Bedrückungs- und Vernichtungspolitik der kemalistischen Regierung bedauerte, feuerte ein früheres Mitglied der nationaltürkischen Partei „Für Einheit und Fortschritt", augenblicklich Leiter des offiziellen Organs der kemalistischen Regierung, blindlings auf den Redner.

Ueberraschend ist der neue christenfeindliche Kurs in der Türkei nicht. Es ist bekannt, daß sich ein besonders aktiver Kern der türkischen Nationalisten unter der Führung Kemal Paschas dem Vertrag von Sèvres nicht beugte, die kleinasiatische Provinz Angora für autonom erklärte und von hier aus den Widerstand gegen die alliierte Durchdringungspolitik organisierte. Darauf folgte im Einverständnis mit der Entente der griechische Feldzug gegen die Kemalisten, der den Zweck hatte, das Gebiet von Smyrna für Griechenland zu erobern und der kemalistischen Herrschaft ein Ende zu bereiten. Schon zu Beginn dieses Feldzuges kam es zu Barbareien auf beiden Seiten, die darauf hindeuteten, daß der Kampf nicht ohne Einfluß auf die Rassen- und Nationalitätengefühle bleiben würde. Der Widerstand der Türken war hartnäckiger, als man ursprünglich angenommen hatte, das griechische Expeditonskorps geriet wiederholt in Bedrängnis, und wenn es der griechischen Heeresleitung gelang, kurz vor der Winterpause die Kemalisten in einer entscheidenden Schlacht bis weit in die Provinz Angora zurückzudrängen, so war bei den kleinasiatischen Geländeverhältnissen und der Art des dortigen Krieges damit die eigentliche Entscheidung keineswegs herbeigezwungen.

Die Friedensverhandlungen zwischen Kemal und den Alliierten wurden inoffiziell und offiziell während der kriegerischen Operationen ständig fortgeführt. Sie fanden in Paris und London statt. Frankreich zielte im Gegensatz zu England von vornherein darauf ab, den Vertrag zugunsten der Angoraregierung zu revidieren, um auf diese Weise im stillen seine kleinasiatischen Sonderinteressen zu fördern. Als der Winter auf dem kleinasiatischen Kriegsschauplatz den Waffenstillstand bedingte, platzte in die noch ungeklärte Atmosphäre der Sonderfriedensvertrag Frankreichs mit der kemalistischen Regierung, durch den die Stellung Kemals bedeutend gestärkt wurde. Die Folge war ein sehr bewegter Notenwechsel zwischen Frankreich und England, das der französischen Regierung Vertragsbruch vorwarf. Da jedoch die englische Regierung gerade in dieser Zeit mit der Unruhe in seiner mohammedanischen Kolonialbevölkerung rechnen mußte, kam sie den Ansprüchen der kemalistischen Regierung weit entgegen und ließ Griechenland, den bisherigen Schützling, fallen. Griechenland sträubte sich zwar gegen die Schicksalswende, aber bei der Lage der Dinge war eine Klärung zugunsten der Türkei zu erwarten, wenn die Orientkonferenz, die zwischen England, Frankreich und Italien noch vor Zusammentritt der Konferenz von Genua anberaumt wurde, zu einer Einigung der Alliierten führte.

Die Einigung blieb aus. Es ist verständlich, wenn das alles erbitternd au sein Volk wirkte, das seit vielen Jahrzehnten ein Spielball der Großmächte ist und das in zähem Ringen sein letztes bißchen Heimatboden verteidigt. In hohem Grade beklagenswert ist es dagegen, wenn die türkischen Staatslenker in dieser Lage zu einem Verzweiflungsmittel greifen: Dem Christenmassaker. Hier spielt jener Rassenhaß eine böse Rolle, der die Türkei schon öfters und sehr zum Schaden des Landes zerfleischt hat. So in den Jahren 1895/1896, als die türkische Regierung die Freiheitsbestrebungen der Armenier mit einer blutigen Vernichtungspolitik beantworten zu müssen glaubte. So im Jahre 1915, als man unter den Augen der deutschen Heeresleitung aus einem falsch

Die Bezüge der Reichsangestellten.

Neue Forderungen der Gewerkschaften.

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem AfA-Bund angeschlossenen Verbände, soweit sie Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte und -arbeiter organisieren, haben der Reichsregierung nachstehende Eingabe übermittelt:

„Infolge der rapiden Geldentwertung und der damit verbundenen steigenden Teuerung sehen sich die unterzeichneten Organisationen veranlaßt, an die Reichsregierung das dringende Ersuchen zu richten, baldigst Verhandlungen anzuberaumen über eine angemessene Erhöhung der Bezüge des Personals, einschließlich der Pensionäre, Witwen und Waisen, der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe.

Die Organisationen beabsichtigen, der Regierung konkrete Vorschläge über die Neuregelung der Bezüge des Personals bei Beginn der Verhandlungen zu unterbreiten und sehen einer baldigen Einladung zu denselben entgegen.

Da der Reichstag voraussichtlich nur bis zum 28. d. M. tagen wird, dürfte schnelles Handeln geboten sein, und um Zeit zu ersparen, halten es die unterzeichneten Organisationen für zweckmäßig, wenn diesmal zuerst über die Arbeiterlöhne verhandelt wird."

Wie wir hören, dürften bei den voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Verhandlungen mit der Regierung auch die Beamtenverbände beteiligt sein, die am 18. Juni in Leipzig den neuen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gründen.

Erhöhung der Beamtengehälter.

Wie die VPM. hören, hat die Reichsregierung bereits die Initiative ergriffen, um die Folgen der ständig wachsenden Teuerung der letzten Monate für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe durch eine Erhöhung der Gehälter und Löhne zu mildern. Die Regierung ist bereits mit den Führern der Spitzenorganisationen in Verbindung getreten und hat an sie Einladungen zu einer Beratung über die Erhöhung der Gehälter und Löhne für Anfang nächster Woche ergehen lassen. Natürlich ist es vorläufig verfrüht, Angaben über die Höhe der neuen Ausgaben zu machen, die sich infolge der künftigen Gehaltsaufbesserung ergeben;

•

Der Gesetzentwurf über die Schutzpolizei der Länder ist dem Reichsrat am 31. Mai zugegangen. Die Reichsregierung legt den größten Wert darauf, daß das Gesetz vom Reichstag noch vor den Sommerferien verabschiedet wird.

Entlastung Deutschösterreichs.

Paris, 14. Juni. (Havas.) **Der Botschafterrat hat beschlossen, die Staaten, die Gläubiger Oesterreichs sind, zu ersuchen, auf ihr Vorrecht für die Dauer von zwanzig Jahren zu verzichten, damit die Anwendung des zur Wiederaufrichtung Oesterreichs vorgesehenen Kreditsystems ermöglicht werde.**

Gründung einer Notenbank.

Wien, 14. Juni. (WTB.) Im Finanzministerium wurde heute unter dem Vorsitz des Finanzministers Segur von den Vertretern der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, des Verbandes der österreichischen Banken und Bankiers, der Banken-Vereinigung des Verbandes der Wiener Bank- und Kommissionsfirmen, des Reichsverbandes deutscher Sparkassen in Oesterreich sowie der Organisation der Raiffeisenkassen **einstimmig beschlossen, eine neue Notenbank zu gründen,** welche den Notenumlauf der österreichischen Abteilung und der Oesterreichisch-Ungarischen Bank durch Devisenbestände und sonstige Goldwerte zu fundieren hat. Dabei wurde festgestellt, daß jede Zwangsmaßnahme, insbesondere Devalvierung oder Notenabstempelung ausgeschlossen bleibt.

Zur sachgemäßen Durchführung des Planes wurden Komitees eingesetzt, die unverzüglich das Statut der neuen Notenbank ausarbeiten und alle zur Kapitalbeschaffung und Errichtung der Bank erforderlichen Maßregeln in die Wege leiten werden.

Wien, 14. Juni. (TU.) Die Ankündigung der Errichtung einer eigenen Notenbank hat an der heutigen Börse einen Sturz der Valuten- und Effektenpreise hervorgebracht, der fast 20 bis 30 Proz. betragen hat. Allerseits wurde eine wesentliche Entspannung konstatiert, doch wurde auch darauf hingewiesen, daß nach wie vor die Notwendigkeit auswärtiger Hilfe zur Deckung des Importbedarfs besteht. Die bisherige österreichisch-ungarische Bank bleibt bis zur Liquidation bestehen. Die neue Notenbank soll eine provisorische Tätigkeit haben und erst nach Durchführung der Liquidation der alten Bank ausschließlich die Leitung des Geldwesens übernehmen. Man glaubt, daß für die alten und neuen Noten eine mindestens 50prozentige Metalldeckung erzielt werden wird.

Ein Telegramm des Reichstagspräsidenten.

Reichstagspräsident Löbe hat namens des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes nachstehendes Telegramm an den Wiener Nationalrat Otto Bauer gerichtet:

Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund hat, von der neuen Heimsuchung Oesterreichs auf das tiefste berührt, von Ihrem Wirtschaftsplan mit großem Interesse Kenntnis genommen. Auch wir halten es für die Pflicht Deutschlands, Oesterreich zu helfen und werden uns in unserem Lande mit allen Mitteln dafür einsetzen. Wir würden es begrüßen, in Ihrem Projekte einen Weg zur Vorbereitung des von allen erstrebten Anschlusses zu finden. Aufgabe der deutschen Oeffentlichkeit wird es sein, die Grundlagen des Entwurfes zu prüfen, Aufgabe des Volksbundes, ungesäumt die für diese Prüfung nötigen Unterlagen zu schaffen.

Wir laden Sie ein, ehestens in Berlin vor einem Kreis von Politikern und Wirtschaftlern der verschiedensten Parteirichtungen zu sprechen und Ihren Plan zur Diskussion zu stellen.

•

In Oesterreich erregen Enthüllungen Aufsehen, wonach Prag sich Paris gegenüber verpflichtet habe, im Falle des Anschlusses halb Deutschösterreich zu besetzen.

verstandenen Selbsterhaltungstrieb heraus die furchtbarste Entvölkerungspolitik betrieb.

In der heutigen Türkei sind Stimmen laut geworden, die darüber Klage führen, daß man die moralische Unterstützung von deutscher Seite vermisse, die vor dem Kriege zu einem beiderseitigen guten Verhältnis soviel beigetragen habe. Der Vorwurf beruht auf einer Verkennung der Tatsachen. Unsere Gefühle für die Türkei haben sich nicht verändert, wögen sich auch die politischen Voraussetzungen geändert haben. Wir wünschen dem schwer geprüften türkischen Volk Frieden und Freiheit. Nichts soll uns willkommener sein, als mit der Türkei, wenn sich unsere und die kleinasiatischen Verhältnisse gefestigt haben, in einen freundschaftlichen und fruchtbringenden Verkehr zu treten. Aber wird man es drüben mißverstehen, wenn wir sagen, daß unsere Gefühle beeinflußt werden können durch Tatsachen, wie die von Ward geschilderten? Wir, die wir die Demokratie in schweren Kämpfen errungen haben, wissen heute, daß es bessere Mittel gibt als den Terror, um sich zu behaupten, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß es nur eine tragische Verirrung war, die die kemalistische Regierung in ihrer außerordentlich schwierigen Lage auf derartige Methoden zurückgreifen ließ. Wir hoffen, daß die Nationalitätenfrage für Kleinasien bald aufhört, eine Streitfrage zu sein, die nur mit den Waffen in der Hand ausgefochten werden kann. Wie den Türken wünschen wir auch den Armeniern und den anderen nationalen Minderheiten Kleinasiens: Friede und Freiheit.

Aber seien wir gerecht. Ein Teil der Schuld an den Christenmetzeleien trifft auch das alte Europa, das trotz seiner Zerrissenheit und trotz des Zusammenbruchs, der den Massakern des Weltkrieges folgte, nicht gelernt hat, seinen politischen Ehrgeiz in segensreichere Bahnen zu lenken. England und Italien sind auf diesem Wege. Die Grundsätze, die sie nach Genua geführt haben, haben nicht nur für Europa Geltung. Es ist bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten das Mandat über Armenien nicht angenommen haben. Sie haben sich in Washington als gute Schiedsrichter erwiesen; in ihrer Macht hätte es vielleicht gestanden, den Friedenspakt für den Stillen Ozean auch auf Kleinasien zu übertragen.

•

London, 14. Juni. (DA.) Dr. Ward, der Vertreter der amerikanischen Hilfsorganisation für den nahen Osten, ist in London eingetroffen und hat dem Auswärtigen Amt über seine Beobachtungen und Erfahrungen in Kleinasien Bericht erstattet. Dr. Ward teilte mit, daß vom Mai 1921 bis zum März d. J. **30 000 Menschen**, darunter 6000 Armenier, der Rest Griechen, in Sivas gesammelt und über Kharput in die Gebiete von Bitlis und Van deportiert wurden. Von diesen 30 000 Personen sind **10 000** im vergangenen Winter **umgekommen**, weiteren 10 000 gelang es, zu entkommen oder sich unter amerikanischen Schutz zu stellen, das Schicksal der restlichen 10 000 ist unbekannt. Die Massendeportationen dauern fort. Dr. Ward erklärte, das Ziel der türkischen Politik sei die Ausrottung der christlichen Minderheiten.

Griechenverfolgungen werden auch aus Albanien gemeldet und die grichische Regierung hat sich deshalb an den Völkerbund gewendet.

Heute so, morgen so!

Mangelnde Abstimmungsdisziplin im Reichstag.

In der gestrigen Abstimmung des Reichstags über den Geltungsbeginn des Reichsgesetzes zur Jugendwohlfahrtspflege ließen die männlichen Mitglieder des Zentrums und der Demokratischen Partei im Gegensatz zu ihren weiblichen Fraktionsgenossen die Vereinbarung mit der Regierung und der dritten Regierungspartei, der Sozialdemokratie, im Stich. Sie stimmten für den Antrag der Bayerischen Volkspartei, den Geltungsbeginn um ein Jahr, auf den 1. April 1924, hinauszuschieben. Der Leser findet diesen Vorgang im Reichstagsbericht.

Nach der Sitzung erkannte man glücklich, welchen Fehler man begangen hatte, und so muß nun die Regierung zu dem soeben angenommenen Gesetz eine Novelle einbringen, die die Wohltat dieses wahrhaft nationalen Gesetzes der deutschen Jugend schon um ein Jahr früher zuteil werden läßt.

Sehr rühmlich für die Abstimmungsdisziplin des Zentrums und der Demokraten ist dieser Vorgang entschieden nicht!

Reichshilfe für die Presse.

Das Reichskabinett hat am gestrigen Mittwochabend die Einbringung einer Gesetzvorlage beschlossen, nach der ein Unterstützungsfonds von 500 Millionen Mark durch besondere Abgaben aufgebracht werden und auf die Presse nach dem Papierverbrauch verteilt werden soll.

Wie Kapp Republikaner wurde.

Eine freundliche Erinnerung.

Im Angesicht seines Todes würden wir über die Leistungen Wolfgang Kapps gern den Mantel des Schweigens decken. Da aber die Deutschnationalen aus ihm noch nachträglich eine Heldenfigur zu machen suchen, ist es sicher nicht uninteressant, sein Heldentum bei Licht zu besehen. In dem dreisten Brief an das Reichsgericht schrieb der „Königlich Preußische Wirkliche Geheime Oberregierungsrat" diese markigen Worte:

> „In deutschen Landen scheint nachgerade ganz vergessen zu werden, wer in Wahrheit die Hochverräter am deutschen Volk sind . . . Die Männer vom November 1918 werden in der Geschichte für immer als fluchbeladene Hochverräter dastehen."

Ueberall, wo es in Deutschland Männer und Frauen gibt, die wenigstens mit dem Munde „für ihren König zu sterben bereit" sind, sind die mannhaften Worte des Herrn Kapp mit Jubel aufgenommen worden. Aber — Herr Kapp war nicht immer so. Auch er gehörte — wie so viele andere — zu denen, die im November 1918 ein weitgehendes Verständnis für die Notwendigkeit einer politischen Umwälzung zeigten. Auch seine Tapferkeit war erst wieder erwacht, seitdem er sich davon überzeugen konnte, daß die deutschen Republikaner zu gutmütige Leute sind, als daß die Vertretung überlebter Anschauungen für die Bekenner mit persönlichen Unannehmlichkeiten verbunden sein könnte. So wie Graf Westarp in jener Zeit in der Reichskanzlei erschien, um sich bei einem sozialdemokratischen Führer danach zu erkundigen, ob dieser ihm sein Leben sichern könne, und um — nach der verneinenden Antwort — von ihm einen Geleitbrief zu erbetteln, unter dessen Schutz der Herr Graf dann die Reise nach den Gefilden Westpreußens antrat, so erschien eines Tages auch Herr Kapp bei einem der sozialdemokratischen Volkskommissare und versicherte ihm „freudig und rückhaltlos", daß er und die ganze Provinz Ostpreußen hinter der republikanischen Regierung ständen. Ihm persönlich, erklärte er, werde seine Haltung dadurch besonders erleichtert, daß er niemals Royalist, sondern stets Vernunftsmonarchist gewesen sei.

Kurzum, Herr Kapp unterschied sich in nichts von den vielen Männern, die vorher Stützen des Königtums gewesen waren und die sich nach der Revolution an die sozialdemokratischen Volksbeauftragten herandrängten, um ihnen zu versichern, daß sie „stets im Herzen Demokraten" mit stark sozialistischem Einschlag gewesen seien.

Doch Kapp ist tot. Da lassen wir seine Taten ruhen. Es gilt Obacht zu geben auf seine Freunde, die lebenden Kappisten.

Die Opfer von Königsberg.

Drei Hindenburg-Demonstranten getroffen.

Königsberg, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Wie jetzt festgestellt worden ist, sind dem Zusammenstoß zwischen Reichswehrtruppen und kommunistischen Demonstranten am Hindenburg-Tage auch mehrere Personen zum Opfer gefallen, die an den Demonstrationen für Hindenburg beteiligt waren. Der Getötete und zwei der Schwerverletzten gehörten zu ihnen. Sie sind in dem allgemeinen Gedränge durch die rücksichtslos abgefeuerten Reichswehrgeschosse getroffen worden.**

Der nächste ist der Wirth!

Einer, der aus der Schule plauderte.

Im „Volksfreund", unserem Karlsruher Parteiblatt, lesen wir eine nette Geschichte, die wahr ist. Danach spielte sich am Pfingstmontag in Oppenau, also in dem Ort, wo der Erzberger-Mörder wohnte, folgender Vorfall ab:

Im Garten der Brauerei Bruder saßen an einem Tische zwei Herren, von denen jeder seine Gattin, der eine zwei Kinder, der andere ein Kind bei sich hatte. Die Herren kamen miteinander ins Gespräch, in dessen Verlauf der eine Herr, der norddeutschen Dialekt sprach, den anderen Herrn um seine Ansicht über wirtschaftliche und politische Fragen anging und schließlich die Frage stellte, wie der andere Herr über die heutige Regierung urteile. Die Antwort lautete: „Da ich Sie und Sie mich nicht kennen, hat schließlich eine solche Unterhaltung doch wenig Sinn. Aber wenn Sie es wissen wollen, so sei gesagt, daß die heutigen Männer an der Spitze der Reichsregierung leider die Konkursverwalter des alten Regimes spielen müssen, im übrigen ihr Bestes tun und dransetzen, um noch zu retten, was zu retten ist."

Mit außerordentlicher Lebhaftigkeit antwortete hierauf der Herr mit dem norddeutschen Dialekt: „Diese Auffassung teile ich gar nicht. **Den Erzberger haben sie ermordet, jetzt kommt ein andrer dran!"**

Auf die Gegenfrage des andern Herrn, wer nun dieser „andere" sein soll, erhielt er die prompte Antwort:

„Das ist der Wirth!" Und nach einer kleinen Pause: **„Der Reichskanzler, der zurzeit in Baden weilt."**

Die Antwort wirkte auf den fragenden Herrn außerordentlich tief. Nachdem er sich aber von seiner Ueberraschung erholt hatte, erhob er sich und stellte sich dem mordlustigen Tischnachbar als — — der **Bruder des Reichskanzlers Wirth** vor.

Es war unser Parteigenosse, der badische Landtagsabgeordnete Wirth.

Der mordlustige deutschnationalistische Zeitgenosse verteidigte sich, als unser Genosse Wirth ihm in gebührender Weise die Schändlichkeit seiner Auffassung und Reden vorgehalten hatte, damit, die **Auffassung, daß auch Wirth ermordet werde und dran kommen müsse, sei die einmütige Auffassung in seinen Kreisen. In Preußen und speziell in seiner Düsseldorfer Bekanntschaft herrsche diese Auffassung allgemein vor.**

Genosse Wirth ließ dann am Bahnhof in Oppenau den mordlustigen Deutschnationalen durch die Gendarmerie feststellen und er entpuppte sich als ein Rechnungsführer Wilhelm Hümmel, Düsseldorf, angestellt bei der Düsseldorfer Drahtindustrie."

Gegen den Mann ist selbstverständlich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. Aber bevor die Gerichtsbehörden irgendeinen Beschluß fassen konnten, mußte ein deutschnationales Blatt in Karlsruhe schon zu melden, daß die Einleitung eines Strafverfahrens abgelehnt worden sei. Das kann natürlich nicht stimmen. Aber wie das auch sei — die Schwätzerei des unvorsichtigen Düsseldorfers beleuchtet wieder einmal die Richtung, in welcher das deutschnationale Ideal liegt.

Reichstagsbesuch in München.

Zu dem Besuch des Reichstags in München haben sich bisher 200 Abgeordnete gemeldet. Es laufen noch fortgesetzt Anmeldungen ein. Der Reichstag wird zusammen mit dem bayerischen Landtag und der Stadtverwaltung die Gewerbeschau besichtigen und abends von der Stadt München zu einem Abendessen eingeladen werden. Es soll auch das Oberammergauer Passionsspiel besucht werden.

Die Stare.

Von Pan.

Es war einmal ein schöner, wunderprächtiger Garten. Blumen blühten in schimmernden Farben auf runden Beeten; Gräser, schlanke Halme und herrliche Blattpflanzen säumten die Wege, und aus grünen Büschen schimmerte rot und weiß und blau die leckere Frucht der Beeren. In den Bäumen hing's übervoll an allen Stengeln, ein paradiesischer Ueberfluß. Das Schönste aber waren die Kirschen: dicke, pralle, rote Kirschen, die aus dem Laubwerk hervorleuchteten.

Eines Tages promenierte der Herr dieses Gartens wohlgefällig auf den gelben, künstlich geformten Kieswegen umher und freute sich seines Reichtums, der so herrlich gedieh. Er rüttelte prüfend an dem hohen, festen Eisengitter, das den Garten umfriedete, und lachte in sich hinein: diese Herrlichkeit hier war geschützt vor frevlem Einbruch; sein war es, nur sein, was in blühender Fülle Mutter Natur auf diesem Fleckchen Erde hervorzauberte. Mochten die andern hinter dem Gitter stehen und ihn beneiden — ihn, den Herrn dieser kleinen Welt! Und wie Rührung kam's über ihn bei diesem Gedanken. Seine Augen schimmerten feucht vor tiefer Dankbarkeit, und er hob sie auf zum sonnigen Frühlingszelt und sagte: „Wie danke ich dir, gütiger Himmel, daß du mich so gesegnet hast! Ich werde dir nach der Ernte einige Kerzen im Dome stiften. Ja, ein paar große, meterlange Kerzen!"

Und weiter schritt er, erfüllt von zufriedenen, heiteren Gedanken an die Mahlzeiten, welche sich hier für seinen Tisch vorbereiteten. Da aber stutzte er, und sein Gesicht verfinsterte sich: an dem Zweige eines fruchtbehangenen Stachelbeerbusches kroch eine lange behaarte Raupe. Der Herr des Gartens schleuderte sie herab und trat mit dem Fuße darauf. Und mit hastigem Eifer durchspürte er Zweig und Blatt, Ast und Blüte. Da wimmelte es von Insekten überall! Raupen, Schmetterlinge, Käfer, Bienen — alles zehrte vergnügt von dem Reichtum, der doch ihm allein gehörte. Und zornig hob der Herr des Gartens seine Augen zum Himmel und sagte grollend: „Hab' ich für Parasiten das alles gesät? Warum vernichtest du nicht, was mich bestiehlt und mein Eigentum schmälert? Der Garten ist mein, nur mein; warum schützest du mich nicht? Ich kann dir keine Kerzen stiften." Und er sank auf einen Rasensitz und sah freudlos vor sich nieder.

Plötzlich schwirrte, rief und pfiff es rings um ihn herum in flatterndem Geräusch. Ein großer Flug von Staren hatte sich im Garten niedergelassen und hüpfte auf Beet und Busch, Zweig und Wipfel. Mit scharfen Schnäbeln hackten sie auf Raupe und Käfer ein, und tausendfach verschwanden die Insekten auf den spitzen Zungen.

Da wurde der Herr des Gartens wieder fröhlich, und mit freundlicher Miene wandte er sich zu den Vögeln: „Fleißig, fleißig, meine lieben Stare! Ich neide euch euren guten Appetit. Nehmt nur, nehmt! Ich gönn's euch von ganzem Herzen. Arbeitet, ihr lieben Vögel, arbeitet! Ihr seid ein Werkzeug der hohen Kultur. Oh, was ist es für eine Wonne, euch bei so nützlichem Werke zu sehen! Ihr vermehret den Reichtum der ganzen Nation, wenn ihr den meinen sichert und von allen Schädlingen befreit. Singt und seid fröhlich! Mein Garten steht euch jederzeit offen. Eure Musik ist Balsam meinen Ohren, ist die frohgemute Weise des nützlichen Schaffens. Zwar sind eure Stimmen nicht geschult, und eine Nachtigall ist mir — offen gestanden — lieber, aber ich will euch nicht stören und schelten — beileibe nicht! Ferne sei's von mir, euch den Mund zu verbieten. Nein, nein! Rührt euch und schwatzt und pfeift, aber vergeßt mir nur das Arbeiten nicht. Fleißig, fleißig, meine lieben Stare! O du prächtiges, nützliches Volk!" Und er rieb sich lachend die Hände und sah den munteren Schnäbeln zu. Zum Himmel wandte er sich dankbaren Blickes: „Ich werde dir doch die Kerzen stiften!" Und er rechnete, wieviel Körbe sich wohl noch zum Verkauf füllen lassen würden, nachdem der eigene Tisch befriedigt wäre.

Ein großes, allgemeines Geschrei ließ ihn auffahren aus seinen Sinnen. Ein Freudengeschrei. Es schwirrte von unzähligen Flügeln und hob sich begeisterungstrunken in dichten Schwärmen auf die fruchtbeladenen Kirschbäume.

Der Herr des Gartens erstarrte vor Schreck. „O du Halunkenvolk! Nun fressen sie meine Kirschen, meine schönen saftigen Kirschen! O du unverschämtes Gesindel!" Er weinte fast vor Schmerz. „Meine herrlichen Früchte! Mein Eigentum! O du Raubzeug, du Diebsgelichter! Sie bestehlen mich! Sie ruinieren mich! Sie untergraben meine Existenz! Wovon soll ich nun die Körbe füllen? Oh, ihr Leckermäuler! Ist's nicht genug, daß ich euch in meinem Garten alle Insekten überließ? Gab ich euch nicht Futter genug? Müßt ihr auch noch Kompott haben? Ach, meine Kirschen, meine prächtigen Kirschen! Verflucht bist du Räuberbande! Verflucht, du begehrliches Volk!"

In den Zweigen pfiff, sang und jubilierte es nur noch lauter. Denn die Stare kümmerten sich nicht um die Sorgen des Herrn.

Der aber sah mit zorngerötetem Antlitz zum blauen Himmel auf und sagte: „Du bist nicht gerecht. Und einem Ungerechten stifte ich keine Kerzen."

Soziale Forderungen auf dem Philologentage.

Es gab eine Zeit — zu einem guten Teile leben wir noch darin —, da die Kopfarbeit von vornherein für etwas „Vornehmeres", „Feineres" galt. Schon wer im Bureaustuhl mit Schreiben Zeit und Hosen zerschliß, glaubte, er dürfe auf den Handarbeiter von oben herabsehen. Diese enge und beschränkte Auffassung, die nicht wenig dazu beigetragen hat, Haß und Verbitterung zu säen, ist im Schwinden. Das zeigte sich auch auf den Verhandlungen des Preußischen Philologentages in Hildesheim. Prof. Mosche, der die Einführung des Werkunterrichts forderte, stellte seine Ausführungen gerade auf diesen Punkt ein: es fehlt den jungen Menschen, besonders der höheren Schulen, an Verständnis und darum an Achtung vor der körperlichen Arbeit. Daher sollen sie selbst körperlich arbeiten lernen. So werden sie Gefühl und Achtung vor dem Können bekommen, das in der Handarbeit steckt. Sie werden sich bewußt werden, daß Kopf- und Handarbeiter beide gleich notwendige und gleich wertvolle Arbeit leisten. Sie sind aufeinander angewiesen und können sich nicht entbehren.

Warme Liebe zur Jugend sprach aus der zweiten Forderung, die erhoben wurde: Mehr Turnen, mehr Sport und Spiel und Sonne! Mehr Wandern für unsere Jugend! Andernfalls muß die Jugend, besonders der großen Städte, die schon durch den Krieg und seine Folgen so schwer gelitten hat, rettungslos verkümmern. Schafft Spielplätze, schafft Anreiz durch Veranstaltung von Wettkämpfen für alle Jugendlichen, ob werktätig oder noch auf der Schule.

Für alle Kinder des Volkes! Die Entwicklung scheint höhnend den umgekehrten Weg zu gehen, Statt Schulgeldfreiheit — dauernde Erhöhung des Schulgeldes, das bald nur noch für Kriegsgewinnler erschwinglich sein wird; statt Freiheit der Lehr- und Lernmittel schwindelnde Höhe der Bücherpreise. — Das bedeutet für die größte Schicht des Volkes Versperrung der Wege zu den Kulturgütern. So darf es nicht weitergehen. Der Staat hat die Pflicht, Einrichtungen zu treffen, die es jedem Kinde des Volkes, ohne Rücksicht auf Stand und Geldbeutel des Vaters, ermöglichen, seine Fähigkeiten zu entwickeln, zum Wohle seiner selbst und des Volksganzen. Dazu dienen auch die von allen Seiten geforderten Aufbauschulen, Förderklassen und ähnliche Einrichtungen.

Das sind einige wenige der Probleme und Forderungen. Wenn ein so großer Verband seine Stimme erhebt in so wichtigen Fragen, darf man wohl erwarten, daß seine Stimme nicht ungehört verhallt.

—st.

Die Phonetik in der Heilkunde. Die Phonetik, die sich mit den körperlichen Vorgängen beim Sprechen beschäftigt, ist ursprünglich als ein Gebiet der Philologie geschaffen worden. Aber auch die Aerzte bringen ihr in neuester Zeit ein großes Interesse entgegen, und bei dem ersten Internationalen Kongreß für experimentelle Phonetik waren die Mediziner in großer Zahl vertreten. Die Bedeutung der Phonetik für die Heilkunde behandelt M. Nadoleczny in einem Aufsatz der „Münchener Medizinischen Wochenschrift". Da sich die Phonetik mit der gesamten Lautgebung beschäftigt, so mußte sie mit der Heilkunde in Berührung kommen, wo es sich um krankhafte Störungen der Ausdrucksbewegungen handelt. So steht sie in engster Beziehung zur Nasen- und Kehlkopfheilkunde, und man hat auf phonetischer Grundlage die verschiedenen Stimmkrankheiten erfolgreich behandelt. Auf dem Gebiet der Nervenheilkunde und Psychiatrie wird die Diagnose gefördert durch die von der Phonetik ausgebildete feinere Analyse der Sprachstörungen bei Nerven- und Geisteskranken. Phonetische Uebungen haben auch bei diesen schweren Erkrankungen recht Ersprießliches geleistet. Vor allem spielen die phonetischen Uebungen bei der Ausbildung schwachsinniger Kinder eine große Rolle. Ueberhaupt hat die Kinderheilkunde, soweit es sich um die Entwicklung der Sprache und Stimme handelt, viel von dieser Wissenschaft gelernt. Sogar die Arzneimittellehre geht bei den Phonetikern in die Schule. So interessiert die Einwirkung von Medikamenten auf die Stimme, z. B. die Heiserkeit bei Atropinvergiftung. Praktisch am wichtigsten hat sich die Wirkung verschiedener Mittel, namentlich des Kokains, auf die Singstimme erwiesen. Man hat festgestellt, daß durch die Beeinflussung von Nase und Kehlkopf mittels höher prozentiger Kokainlösungen die Atmung zuerst beschleunigt und später vertieft wird, wobei die Stimme sonorer klingt. Die Versuchspersonen können leichter singen und bilden kräftigere, vollere und rundere Töne. In der Schulhygiene, die das rasche Zunehmen des Stotterns und der Heiserkeit in den ersten 4 bis 5 Schuljahren erwiesen hat, wird ein phonetischer Schreib-Lese-Unterricht mit guter Wirkung angewendet. Auch die psycho-

Deutschvölkisch-deutschnational.

Herr Fr. Sontag, Direktor des „Deutschen Abendblattes", erklärt in seinem Blatt zu unseren gestrigen Betrachtungen über sein rechtsputschistisches Bekenntnis u. a. folgendes:

Ich habe mit der Deutschnationalen Volkspartei beinahe ebenso viel zu tun, wie der „Vorwärts", denn ich gehöre ihr weder als Mitglied an, noch stehe ich zu der Parteileitung in irgendwelchen Beziehungen, kenne sogar nicht einmal den Parteivorsitzenden oder den Hauptgeschäftsführer. Ist es deshalb schon an sich eine — beim „Vorwärts" zwar nicht weiter verwunderliche — Unverfrorenheit, die Deutschnationale Volkspartei mit der rein persönlichen, durch Namensunterschrift und ihren ganzen Ton als privat gekennzeichneten Auslassung eines völlig Außenstehenden zu identifizieren, so wird diese Dummdreistigkeit noch größer durch den Umstand, daß dem „Vorwärts" ganz genau bekannt ist, wie durchaus ablehnend sich die Deutschnationale Parteileitung gegenüber allen Gedanken an einen gewaltsamen Umsturz verhalten hat und weiterhin verhält.

Aus dem rechtsbolschewistischen Stil — der übrigens genau so hübsch ist wie der linksbolschewistische — in gemeinverständliches Deutsch übersetzt, heißt das: Es gibt Rechtsradikale, die außerhalb der Deutschnationalen Partei stehen, weil sie ihnen zu schlapp ist, und zu diesen Unentwegten gehört auch Herr Sontag. Für seine Aeußerungen ist daher die Deutschnationale Partei nicht direkt verantwortlich zu machen. Da aber die „Deutschvölkischen" meist in der Deutschnationalen Partei stehen, die diesen Abenteurerscharen gegenüberr auch niemals einen sichtbaren Trennungsstrich gezogen hat, wird unser Irrtum jedermann, Herrn Sontag ausgenommen, entschuldbar erscheinen.

Hakenkreuz und Sprengstoff.

Hamburg, 14. Juni. (TU.) Nachdem erst in der vergangenen Nacht auf die Kommunistische Buchhandlung in der Admiralitätsstraße ein zweites Attentat verübt wurde, hat das Bürgerschaftsmitglied Thälmann (KPD.) angezeigt, daß in der letzten Nacht gegen 12½ Uhr vor dem Fenster seiner im Parterre gelegenen Wohnung, Siemensstr. 4, ein Stein mit einer abgebrannten Sprengladung gefunden worden sei. Seine Ehefrau habe um die angegebene Zeit einen Feuerschein gesehen und ihm bei seiner Rückkehr Mitteilung gemacht. Thälmann will auch durch einen Brief gewarnt worden sein.

Die Lokomotivführer gegen Maßregelungen

In Würzburg begannen am Mittwoch die Verhandlungen der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, die etwa 80 000 Mitglieder umfaßt. Nach dem von dem ersten Vorsitzenden Sperlbaum erstatteten Geschäftsbericht sprach der Kongreß dem Vorsitzenden ein Vertrauensvotum für die bisherige Vertretung der Eisenbahnbeamten aus. Gleichzeitig erklärte der Kongreß es für seine Pflicht, für die Gemaßregelten, etwa 25 Proz. der Kreis- und Ortsgruppenvorsitzenden, einzustehen.

An den Reichspräsidenten wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Die rund 80 000 in der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer vereinigten Lokomotiv- und Maschinenbeamten Deutschlands appellieren an Ihre staatsmännische Einsicht und gewerkschaftliche Erfahrung, daß Sie Ihren ganzen Einfluß zur Aufhebung des vertragswidrigen, ungerechtfertigten und Unruhe stiftenden Maßregelungsterrors gegen Eisenbahnbeamten wegen des Februarstreiks aufwenden mögen."

Ein Telegramm ähnlichen Inhalts ist auch an den Reichskanzler abgeschickt worden.

Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn.

Die Telegraphen-Union verbreitet über die Neuregelung der Arbeitszeit bei der Reichsbahnverwaltung eine von mehreren Berliner Abendblättern übernommene Meldung, in der aus dem Zusammenhang gerissene Bestimmungen aus neuen Richtlinien aufgezählt werden, und im Anschluß daran versucht wird, auch für die Zukunft eine unwirtschaftliche Ausnutzung des Eisenbahnpersonals nachzuweisen. Wolffs Bureau gibt dazu folgende Richtigstellung: Schon die durchaus unzutreffende Behauptung von verschiedenen Auffassungen innerhalb des Reichsverkehrsministeriums und rein persönliche Angriffe gegen den die Verhandlungen führenden Ministerialdirektor Hitzler zeichnen die Nachricht als eine Tendenzmeldung. Tatsache ist, daß in eingehenden Besprechungen mit den Personalvertretungen Richtlinien aufgestellt worden sind, deren Durchführung eine weit wirtschaftlichere Ausnutzung des Personals, als sie zurzeit stattfindet, ermöglichen wird. Daß über diese Grundsätze mit den Spitzenorganisationen des Personals verhandelt und eine Einigung erzielt worden ist, wird jeder, dem es um eine Verständigung zwischen den verschiedenen Volks- und Berufsgruppen zu tun ist, nur anerkennen können.

Die Renten der Kriegsopfer.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetzentwurf über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner. Die Regierungsvorlage wollte den Ausschluß derjenigen Beschädigten von dem Genuß dieser Teuerungsmaßnahmen, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 Proz. gemindert ist. Auf Antrag des Abg. Genossen Meier, Zwickau, beschloß der Ausschuß, daß die Teuerungsmaßnahmen schon bei einer Erwerbsunfähigkeit von mehr als 30 Proz. Gültigkeit haben sollen. Auf Antrag des Unabhängigen Albrecht wurde in der Regierungsvorlage die Bestimmung gestrichen, die Witwen von den Teuerungsmaßnahmen ausschließen wollte, sofern sie weder erwerbsunfähig noch einer erwerbsunfähigen Witwe gleichgestellt sind.

Die Parlamentskrise in Sachsen.

Gegenwärtig finden im Freistaat Sachsen Einzeichnungen für ein Volksbegehren auf Auflösung des am 14. November gewählten Landtags statt. Der Antrag auf Auflösung ist von der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei gestellt, wird aber auch von den Demokraten und vom Zentrum unterstützt. Am 19. Juni ist Schlußtag für die Einzeichnung, die ohne Beteiligung der Sozialdemokraten und der USP. vor sich geht und die nur wirksam ist, wenn 10 Proz. der bei der letzten Landtagswahl eingetragenen Wahlberechtigten — das sind 293 388 — sich an der Einzeichnung beteiligen. Die gegnerischen Parteien werden jedenfalls die erforderliche Stimmenzahl aufbringen, so daß die sich aus dem Gesetz vom 8. März ergebenden Formalitäten durchgeführt werden müssen. Frühestens kann der Volksentscheid am Sonntag, den 17. September stattfinden. Beteiligen sich keine 50 Proz. der Wahlberechtigten, das sind 1 469 773, dann ist der Volksentscheid ungültig; anderenfalls würde die notwendige Neuwahl des Landtages für Mitte Dezember als frühesten Termin ausgeschrieben werden können. Während seiner achtzehnmonatigen Existenz hat der Landtag in 110 Plenarsitzungen 130 Vorlagen und Gesetzentwürfe der Regierung, teils mit wechselnden Majoritäten, überwiegend aber mit der schwachen Mehrheit der Linksparteien erledigt. Der Haushaltsplan für 1921 und 1922 ist fast durchberaten, in den meisten Kapiteln bereits angenommen. Unerledigt sind noch Polizei- und Justizetat. Bei der Abstimmung über den Justizetat fanden sich in zweiter Lesung die Rechtsparteien und die Kommunisten zusammen. Durch die nachträgliche Erklärung der Kommunisten, daß sie nicht gegen die Bewilligung des Justizministergehaltes stimmen wollten, konnte die erfolgte Abstimmung nicht rückgängig gemacht werden. Die Rechtsparteien suchten diese Gelegenheit auszunutzen und reichten schleunigst einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein, der aber mit 48 gegen 47 Stimmen abgelehnt wurde. Damit war jedoch noch keine Klärung der Lage geschaffen, denn die Rechte will den Etat „dieser Regierung" grundsätzlich ablehnen. Sie findet in ihrem Bestreben die gesuchte Hilfe bei den Kommunisten, die sich gleichfalls ablehnend verhalten wollen, um so den Sturz der sozialistischen Regierung herbeizuführen, wenn nicht die von außen fuggerierten Forderungen — 1. Amnestie, 2. Verbot der technischen Nothilfe, 3. Entmilitarisierung der Polizei, 4. Heranziehung der Betriebsrätevollversammlungen zur Gesetzgebung — bis zur endgültigen Abstimmung erfüllt sind.

Die sozialdemokratischen Fraktionen haben im Einverständnis mit der Regierung den Kommunisten gewisse Zugeständnisse gemacht, mußten jedoch eine restlose Erfüllung der Forderungen insbesondere eine Heranziehung der Betriebsrätevollversammlung zur Gesetzgebung ablehnen. Diese Haltung findet in der sächsischen Arbeiterschaft volles Verständnis. Die Chemnitzer Betriebsräte lehnten z. B. die Einberufung eines von kommunistischer Seite geforderten Betriebsrätekongresses zwecks Stellungnahme zur „politischen Krise" ab und erklärten u. a., daß sie die politischen Zusagen der SPD. und USPD. an die Kommunisten für ausreichend betrachten. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.: Die Betriebsräte des Industriebezirkes Chemnitz würden es nicht verstehen, wenn durch Ablehnung des Polizei- und Justizetats durch die Kommunisten die Existenz der sozialistischen Regierung und die sozialistische Mehrheit in Frage gestellt würde.

Die nächsten Tage bringen die Entscheidung. Tritt die Regierung wegen Nichtbewilligung des Finanzgesetzes oder einzelner wichtiger Etatkapitel zurück, dann wird sich der Landtag selbst auflösen. Die Sozialdemokratische Partei wird dann auch den Zeitpunkt der Neuwahlen bestimmen, nicht die Rechtsparteien. Die Sozialdemokratische Partei Sachsens ist bereit einen Wahlkampf zu führen, um so mehr als sie eines Erfolges sicher ist.

Ausbau des Hamburger Hafens.

Hamburg, 14. Juni. (WTB.) Die Senatsvorlagen zum Ausbau des Hafens, die 150 Millionen Mark als erste Rate für den Eisenbahnbau Hausbruch—Waltershof und 137,7 Millionen Mark für die Arbeiten im Hafen fordern, wurden von der Bürgerschaft einstimmig genehmigt.

Die Pachteinigungsämter bestehen weiter zu Recht. Darüber sind Wohnungsausschuß des Reichstags und Reichsjustizministerium, wie sich in der Beratung ergab, vollkommen einig. Entgegenstehende Meldungen sind falsch.

Das Verbot kommunistischer Veranstaltungen, das der frühere Oberpräsident in Westfalen, Dr. Wuermeling, seinerzeit erlassen hatte, ist aufgehoben. So teilte die Regierung fragenden Landtagskommunisten mit.

Bayerische Vorkriegsurkunden von der Reichsgründung an sollen amtlich veröffentlicht werden.

Zittere, München! Im „Bayerischen Kurier" wird auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, daß der aus der Münchener Bolschewistenzeit 1919 bekannte Max Levin sich wieder in München befinde. In der kommunistischen „Bayerischen Arbeiterzeitung" in Augsburg ist nämlich ein Artikel erschienen, dessen Verfasser „Max Levin-München" zeichnet.

In der Schweizer Volksabstimmung wurden bei 42 Proz. Beteiligung mit großer Mehrheit drei Volksbegehren verworfen, die eine Einschränkung der Einbürgerung und eine Erweiterung der Ausweisungsbefugnisse erstrebten und den vom Bundesrat gewählten Staatsbeamten und Angestellten das Recht geben wollten, Nationalräte zu werden.

Die Räumung Oberschlesiens.

Oppeln, 14. Juni. (WTB.) Ueber die Räumung Oberschlesiens durch die alliierten Truppen und den Einzug der polnischen und der deutschen Truppen sowie über die Abreise der interalliierten Kommission, über die Auflösung der Polizei und der Gemeindewachen sind in einer besonderen Instruktion Bestimmungen festgelegt worden. Der Auflösung der örtlichen Polizeigewalt folgt unter der Aufsicht der Kreiskontrolleure der Einzug der deutschen und der polnischen Polizei. Die Abreise des Personals der Kreiskontrolleure erfolgt in Kattowitz, Kreuzburg und Oberglogau am 3. Tage, in Königshütte und Leobschütz am 6. Tage, in Rosenberg und Lublinitz am 9. Tage, in Kosel und Pleß am 12. Tage, in Beuthen, Ratibor, Rybnik, Gleiwitz, Tarnowitz und Zaborze am 17. Tage, in Großstreblitz am 22. Tage, in Oppeln am 23. Tage. — Die Termine für den Abmarsch der alliierten Truppen werden demnächst in ihren Einzelheiten veröffentlicht werden. Der Einzug der deutschen und der polnischen Truppen darf grundsätzlich erst einen Tag nach dem Abmarsch der alliierten Truppen stattfinden, und zwar nach den zwischen den beteiligten Mächten vereinbarten Bestimmungen. Der Antransport der deutschen Polizei und der deutschen Truppen darf nur auf der Linie Breslau—Kreuzburg oder Neiße—Rasselwitz stattfinden.

Paris, 14. Juni. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung die Prüfung der Ausgaben fortgesetzt, die der Interalliierten Kommission durch die Verwaltung des oberschlesischen Abstimmungsgebiets erwachsen sind.

Genf, 14. Juni. (WTB.) Der Präsident der Gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, ist heute nach Kattowitz, dem Sitz der Kommission, in Begleitung des Herrn de Montenach von der politischen Abteilung des Völkerbundsrates abgereist. Calonder wird demnächst der deutschen und der polnischen Regierung einen Besuch abstatten.

Deutschland und Lettland.

Der aus Paris in Berlin eingetroffene lettländische Ministerpräsident Mejerowiz hat während seines kurzen Berliner Aufenthalts Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung bezüglich der §§ 5 und 6 des Abkommens vom 15. Juli 1920 über die gegenseitigen Abrechnungen gepflogen. Wie Herr Mejerowiz einem Vertreter des „Ost-Expreß" mitteilt, sind die Verhandlungen bisher durchaus günstig verlaufen. Die geplante Einberufung der neuen baltischen Staatenkonferenz in Helsingfors dürfte sich, wie Herr Mejerowiz weiter ausführte, infolge des Regierungswechsels in Finnland und der für den Herbst dort bevorstehenden Neuwahlen verzögern. In jedem Fall werde dies eine rein wirtschaftliche Konferenz sein. Das Warschauer Abkommen und die Eisenbahnkonvention zwischen Estland, Lettland, Polen und der Tschechoslowakei habe Unzufriedenheit in Litauen hervorgerufen, welches in diesen Verträgen eine Anerkennung des durch Polen herbeigeführten status quo in der Wilna-Frage erblicke; demgegenüber habe er, der Ministerpräsident, bereits offiziell darauf hingewiesen, daß Lettland die Wilnaer Frage noch nicht als entschieden betrachte und nach wie vor in dieser Frage Neutralität übe. Es sei zu erwarten, daß sich die wirtschaftliche Lage Lettlands im Zusammenhang mit der erfolgten wesentlichen Herabsetzung der Zolltarife bedeutend heben werde. Gegenwärtig führe Lettland Anleiheverhandlungen mit England und ein britischer Regierungsvertreter sei bereits nach Riga zur Klärung der diesbezüglichen Fragen abgereist. Die Unterzeichnung eines italienisch-lettländischen Handels- und Schiffahrtsabkommens stehe bevor. — Der lettländische Ministerpräsident, der in Berlin wiederholt mit dem Reichskanzler Wirth und Dr. Rathenau konferiert hat, tritt heute seine Heimreise nach Riga an.

Aus dem Sowjetparadies.

Die auswärtigen Verteidiger im Moskauer Prozeß, Emile Vandervelde, Th. Liebknecht und Kurt Rosenfeld protestieren in einem Schreiben an den Volkskommissar für Justizwesen gegen ihre Behandlung in Moskau. Ihr Quartier liege außerhalb der Stadt und sie seien ständig von drei Beamten umgeben. Die Folgen dieser bösartigen Schikane legen die Verteidiger in folgenden sechs Punkten fest:

1. Die mit unserem Schutze betrauten Beamten befinden sich stets unmittelbar bei uns. Ohne ihre unmittelbare Begleitung dürfen wir uns nur innerhalb der Grenzen unseres Quartiers bewegen. Die Beamten beobachten dauernd unser ganzes Tun derart, daß wir die Empfindung nicht unterdrücken können, es handle sich nicht um eine Beobachtung zu unserem Schutze, sondern zu anderen Zwecken.

2. Am Tage nach unserer Ankunft durften wir nicht einmal in Begleitung der Beamten in die Stadt fahren, um dem Justizkommissar unseren Besuch abzustatten und uns mit unseren russischen Mitverteidigern und den Angeklagten in Verbindung zu setzen. Angeblich war die Volksstimmung gegen uns zu gereizt.

3. Man hat uns die Erlaubnis verweigert, uns zur Besprechung über den Prozeß in die Wohnungen unserer russischen Mitverteidiger zu begeben und ihren Besuch an anderer Stelle als in dem uns zur Verfügung gestellten Bureau zu empfangen.

4. Als Vandervelde die Mitglieder der Amsterdamer Mission, die ihn zuvor eingeladen hatten, zu sich bat, wurde ihm die Erlaubnis hierzu bis nach Einholung besonderer Instruktionen versagt.

5. Vandervelde wurde genötigt, eine Zusammenkunft, die er mit dem englischen Vertreter in Moskau verabredet hatte, abzusagen.

6. Bei Gelegenheit von Besorgungen stellte sich für uns die Notwendigkeit heraus, verschiedene Geschäfte zu besuchen. Es wurde uns nicht gestattet, daß jeder von uns das ihn interessierende Geschäft der beieinander liegenden Geschäfte aussuchen durfte, um uns nach einer halben Stunde wieder zu treffen; der Beamte verlangte, daß wir ständig zusammen und bei ihm blieben. **Nicht einmal in demselben Geschäft durften wir uns einzeln in die verschiedenen Abteilungen begeben.**

Was würden die Kommunisten sagen, wenn die deutsche Regierung Karl Radek, der seine Serienschreiberei in der „Roten Fahne" wieder aufgenommen hat, dieselbe Behandlung zuteil werden ließe? Man erinnert sich vielleicht noch des Geschreis im kommunistischen Lager, als dieser Vertreter des Sowjetparadieses, der sich verpflichtet hatte, sich aller parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten, verhindert wurde, sein Wort zu brechen. Die Empörung müßte im vorliegenden Fall naturgemäß dreimal so stark sein. Aber freilich, wie sollte in dem Heuchlersumpf der kommunistischen Jesuitenzöglinge auch der Mut zu finden sein, zu sagen, was ist! Sie müssen die Wahrheit auf den Kopf stellen, um nicht selbst den Kopf zu verlieren.

---

logische Forschung hat die Lautgebung in ihr Bereich gezogen. Die Veränderungen der Atmung unter dem Einfluß der Aufmerksamkeit und der verschiedenen Gefühlszustände sind Gegenstand umfangreicher Unternehmungen gewesen, und die Beziehungen von Seelenzuständen zur Stimme sind eingehender beobachtet worden. Ob man freilich die Phonetik für die gerichtliche Medizin ausnutzen kann, indem bestimmte Atmungssymptome beim Lügen und Falschspielen aufgezeigt werden, ist noch fraglich.

„Wir Wilden sind doch bessere Menschen." Ein fanatischer Verehrer der Nüchternheit ist König Khama von Bamangwato, einem afrikanischen Negerreich unter englischem Protektorat. Khama macht mit größter Strenge darüber, daß keine Spirituosen in sein Land eingeführt werden. Er will seine Untertanen nicht vergiften, sagt er. Wer die Einfuhr alkoholischer Getränke nach Bamangwato unterstützt, wird zum Tode verurteilt. Wenn die Untertanen des strengen Königs ein unstillbares Verlangen nach dem Lebenselixier anwandelt, so müssen sie auf langen Wegen nach den Nachbarstaaten wandern, um sich dort gütlich zu tun. Aber auch gegen solche Umgehung eifert Khama. Wer das Alkoholverbot in irgendeiner Weise übertritt, wird mit dem Verlust von zehn Ochsen bestraft. Dennoch scheint die Versuchung sehr stark zu sein, denn der König, in dessen Besitz die Ochsen der Straffälligen übergehen, verfügt bereits über eine Herde, deren Wert bereits auf wenigstens 4 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird. — Der absolutistisch regierende Herrscher ist bereits 85 Jahre alt und wird als äußerst redlich in Geschäften geschildert. Jeden Betrug läßt er aufs strengste ahnden. Ein englischer Korrespondent, der Khama besuchte, berichtet, daß er einmal von seinem Auto einen Koffer verloren hatte, den er aber schon am selben Abend mit dem ganzen Inhalt zurückerhielt, ohne daß jemand auch nur den Versuch gemacht hätte, ihn zu öffnen. Der Engländer meint, er kenne Länder in Europa, die sich an diesem Negerstaate ein Beispiel nehmen könnten.

Die unbeschäftigte französische Handelsflotte. Auch in Frankreich macht sich die Stockung im Handelsverkehr dadurch bemerkbar, daß eine große Anzahl Schiffe in den französischen Häfen aufgelegt werden müssen. Nach einem Bericht in „Werft, Reederei, Hafen" betrug die Zahl der unbeschäftigten französischen Handelsschiffe am Ende des ersten Vierteljahres 1922: 529 Fahrzeuge mit 1 102 568 Tonnen. Darunter sind vier fremde Schiffe. Die größte Zahl der aufgelegten Schiffe zeigt Marseille mit 116, dann folgt Saint-Nazaire mit 67, Brest mit 57, Le Havre mit 55 und Nantes mit 50 Schiffen. Da die französische Flotte zu Anfang des Jahres über eine Gesamttonnage von etwa 3 400 000 Tonnen verfügte, so sind gegenwärtig etwa ein Drittel der französischen Handelstonnage unbeschäftigt.

Das Lessing-Theater nimmt in seinen Sommerspielplan das Pressber und Steinsche Lustspiel „Die Ballerina des Königs" auf. Am 15. Juni spielt Max Grünberg den König, Eleonore Droescher die Barberina.

Blüthner-Orchester. Das 2. Städtische Volkskonzert findet am 17., abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal unter Leitung von Camillo Hildebrand statt. Programm: Schubert: H-moll-Sinfonie. Schubert: Octett für Streich- und Blasinstrumente. Wagner: Ouvertüre zu: Der fliegende Holländer. R. Strauß: Tod und Verklärung. Karten bei Horich, Engel-Ufer 15, „Vorwärts", Lindenstr. 2, Gelche, Dunckerstr. 3, Orchesterbureau, Lützowstr. 76, und an der Abendkasse.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Gründung des neuen Beamtenbundes.

Durch ein Berliner Korrespondenzbureau ging uns am Dienstag eine nach Sensationsmache aussehende Meldung zu von einer „Zersplitterung" der Beamten, die angeblich von den radikalen Elementen der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner mit Hilfe des Deutschen Eisenbahnerverbandes betrieben werde. Wir wandten uns deshalb an den Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes um Auskunft und erhielten über die geplante Gründung eines gewerkschaftlichen Beamtenbundes folgende Erklärung:

„Die BS.-Korrespondenz (Sochaczewski), bekannt durch ihre tendenziös und sensationell zugestutzten Zeitungsmeldungen, verbreitet eine Nachricht, die mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Wie schon wiederholt, so sind auch diesmal die Interessentenkreise gezwungen, sich gegen unwahre Behauptungen zu wenden. Schon die Ueberschrift, „Der Anschluß der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter an die sozialistischen Gewerkschaften", fordert zum Widerspruch heraus. In der Notiz selbst wird ausgeführt, daß die erweiterten Vorstände der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter und des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den nächsten Tagen in Leipzig zusammentreten und eine wechselseitige Beschickung der Tagung, sowie auch des vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde einberufene Gewerkschaftskongresses stattfinden soll. Demgegenüber ist festzustellen, daß von einer Vertretung der Reichsgewerkschaft auf dem Gewerkschaftskongreß keine Rede ist, und daß die Reichsgewerkschaft mit diesem Kongreß nicht in Verbindung gebracht werden kann. Weiter schreibt die BS.-Korrespondenz, der Deutsche Eisenbahnerverband habe der Reichsgewerkschaft einen erheblichen Betrag zugunsten der gemaßregelten Beamten zur Verfügung gestellt. Durch diese Behauptung soll offenbar der Eindruck erweckt werden, als habe der DEV. die Reichsgewerkschaft gewissermaßen gekauft. Auch diese Behauptung ist völlig erfunden und bei den Verhandlungen zwischen beiden Organisationen ist von der Reichsgewerkschaft ausdrücklich festgestellt worden, daß es nicht finanzielle Schwierigkeiten waren, die sie an den Verhandlungstisch brachten. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die übergroße Mehrzahl der Reichsgewerkschaftsmitglieder den neuen Kurs nicht mitmachen, weil angeblich die Mehrzahl der Beamtenschaft von einer solchen „Zersplitterung" nichts wissen will.

Woher der Schreiber diese Kenntnisse hat, bleibt sein Geheimnis. Richtig ist, daß die Mehrzahl der Beamtenschaft den alten, vom Deutschen Beamtenbund eingeschlagenen und jetzt auch von der neugegründeten „Gewerkschaft der Reichsbahnbeamten" übernommenen Kurs nicht mehr mitmacht, weil er in den Abgrund führt. Deshalb wird das Gros der Beamten, sobald darüber vollständige Erklärungen vorliegen, den Weg in die neue, auf streng gewerkschaftlicher Grundlage stehende Beamtenorganisation finden. Hinzugefügt kann noch werden, daß die neue gewerkschaftliche Spitzenorganisation der Beamten in parteipolitischer und religiöser Beziehung vollständig neutral ist. Die bevorstehende Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wird in dieser Beziehung völlige Klarheit schaffen, die auch der genannten BS.-Korrespondenz und ihren Hintermännern den Beweis erbringen wird, daß hier nicht die Organisationsspielerei einiger „radikaler Elemente" der Beamtenbewegung vorliegt, sondern eine historische Notwendigkeit, die sich gegenüber allen Anfeindungen durchsetzen wird."

Wir wollen den Tatsachen nicht vorgreifen, zumal wir mit dem DEV. der Meinung sind, daß es sich bei der Umbildung zu einem gewerkschaftlichen Beamtenbund um eine historische Notwendigkeit handelt. Dem Geschrei von der Radikalisierung der Beamten möchten wir jedoch entgegenhalten, daß gerade in dem Anschluß der durch die Wirtschaftsentwicklung radikalisierten Beamten an die Gewerkschaften die beste Gewähr für eine ruhige Fortentwicklung gegeben ist. Der Eisenbahnerstreik mit seinen verhängnisvollen Begleitumständen wäre vermieden worden, wenn die Reichsgewerkschaft von erfahrenen Gewerkschaftern beraten worden wäre. Wenn die Beamten auch in mancher Beziehung eine Sonderstellung einnehmen, so sind sie doch Lohnempfänger und gehören schon deshalb in eine Reihe mit den Gewerkschaften. Und warum soll, was in anderen Ländern längst Tatsache ist, in Deutschland eine Gefahr sein? Wir begrüßen deshalb den neuen gewerkschaftlichen Beamtenbund, der mit dem ADGB. und der AfA die dritte Säule bilden wird, auf der die dem Allgemeininteresse dienende Organisation der Arbeit beruht.

Krise in der Berliner Metallindustrie.

Der Schiedsspruch mit Dreiviertel-Stimmenmehrheit abgelehnt.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird uns folgendes Teilresultat von der Urabstimmung vom 12. Juni mitgeteilt:

Abgestimmt haben . .	328	Betriebe
	80 496	Stimmen
für Annahme . . .	18 227	„
gegen „ . . .	60 904	„
ungültig waren . . .	1 367	„

Ein großer Teil der Kollegen war durch Urlaub resp. Krankheit verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.

Die in Frage kommenden Verwaltungsorgane nehmen zu der nunmehr geschaffenen Tatsache Stellung und werden die Mitglieder laufend über die gefaßten Beschlüsse unterrichten.

„Christlicher Gewerkschaftsführer und Minister."

In Nr. 259 des „Vorwärts" gaben wir einer Zuschrift der Ortsverwaltung Frankfurt a. M. des Deutschen Verkehrsbundes Raum, worin Beschwerde darüber geführt wurde, daß der Reichspostminister Giesberts bei seinem Aufenthalt in Frankfurt a. M. zur Besichtigung der dortigen postalischen Einrichtungen nicht auch die Arbeitervertretung herangezogen habe. Daraufhin sandte uns die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums eine Darstellung der Vorgänge, um diesen Vorwurf zu entkräften. Wir veröffentlichten diese amtliche Entgegnung im „Vorwärts" Nr. 263.

Die Frankfurter Ortsverwaltung des Verkehrsbundes schreibt uns hierzu:

„Wenn in der Erwiderung behauptet wird, daß bei den Besichtigungen in Frankfurt a. M. nicht weniger wie fünf Personalvertretungen gehört und deren Wünsche entgegengenommen wurden, so können wir das nicht in Abrede stellen und haben es in unserem Artikel auch nicht getan. Wir haben nur angegeben und müssen dies nochmals konstatieren, daß kein einziges Mitglied (der unteren Besoldungsstufen) eines Beamtenausschusses oder des Betriebsrats gehört wurde.

Richtig ist, daß der Herr Minister mit einzelnen Beamten der „neutralen" Organisation gesprochen hat, die aber keiner Beamtenvertretung angehören und die ihm stundenlang nachlaufen mußten, bis ihnen das Glück zuteil wurde. Dem größten Amte wurde 12½ Uhr telephonisch die Mitteilung gemacht, daß eine Besichtigung an demselben Nachmittage stattfinden werde. Wäre es nicht richtiger gewesen, der Herr Minister hätte der Amtsleitung gleichzeitig aufgegeben, die Betriebsvertretungen davon in Kenntnis zu setzen? Es scheint dem Herrn Minister jedoch an den Betriebsvertretungen nicht viel zu liegen, wie man aus folgendem annehmen muß: Ein Mitglied des Beamtenausschusses vom Postamt 9 hatte Kenntnis erlangt von der Anwesenheit des Ministers und hatte sich der Besichtigung uneingeladen angeschlossen, wurde jedoch weder eines Blickes noch eines Wortes gewürdigt. Das Verhalten des Ministers ist u. a. auch ziemlich kurzsichtig, denn er hätte doch durch die Hinzuziehung der Betriebsvertretungen zweifelsohne manches erfahren, was für ihn von großer Wichtigkeit gewesen wäre. Es dürfte doch auch dem Herrn Minister nicht unbekannt sein, daß gerade die höheren Verwaltungsbeamten zum größten Teile genau so gut Gegner der heutigen Minister sind, die durch das Volk eingesetzt wurden, wie sie auch Gegner aller Verbesserungen sind, welche zum Wohle der unteren Beamten und Arbeiter geschaffen wurden.

Als der Herr Minister im vorigen Jahre zum Katholikentag hier war, hatten zwei Betriebsratsmitglieder eine Unterredung mit ihm über die Entlassungen der Angestellten und hier erklärte er, daß die Angestellten nach und nach entlassen werden müßten, weil er von den Beamtenorganisationen dazu gedrängt würde. Er versprach jedoch dahin zu wirken, daß bei den Entlassungen mit aller Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen vorgegangen werden solle. Letzteres ist nicht geschehen; denn kurz darauf wollte man auf Postamt 9 alle Sackwagenbelader, welche ebenfalls als Angestellte gelten, entlassen. Nur durch den Umstand, daß man keinerlei Ersatz für diese Arbeitskräfte hatte, war man gezwungen, von diesen Entlassungen Abstand zu nehmen.

Zum Schluß möchten wir noch darauf hinweisen, daß der Herr Minister wohl auch in anderen Städten den Betriebsvertretungen keinerlei Beachtung bei Besichtigungen geschenkt hat, wie wir aus verschiedenen Zuschriften, die uns auf Grund unseres Artikels zugingen, ersahen.

Wir hoffen und wünschen, daß der Herr Minister in Zukunft den Wünschen des Volkes mehr Rechnung trägt."

POSTABONNENTEN

welche auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" legen und eine Unterbrechung in der Zustellung vermeiden möchten, müssen die Erneuerung des Postbezuges in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Beiratssitzung der Textilarbeiter.

Am 12. und 13. Juni fand in Berlin, wie wir bereits mitgeteilt haben, eine Beiratssitzung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. In erster Linie wurde zu dem Vorschlag der Unternehmer zu der umstrittenen Frage der Wochenarbeitszeit Stellung genommen. Die Unternehmer hatten dem Sozialausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft für Textilindustrie folgenden Vorschlag gemacht:

1. Die in den einzelnen Bezirken jetzt gültige Arbeitszeit bleibt bestehen.

2. Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Benachrichtigung des Arbeiterrats die Arbeitszeit soweit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie er für Ueberstunden tariflich vereinbart ist. Der Zuschlag für die 48. Stunde ist auf die Stundenlöhne umzulegen.

3. Die Regelung von darüber hinaus notwendigen Ueberstunden bleibt der Verständigung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat vorbehalten. In diesem Falle dürfen über die 48 Wochenstunden hinaus bis zu 5 Ueberstunden pro Woche mit dem tariflichen Zuschlag geleistet werden. Kommt eine Verständigung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat nicht zustande, so entscheidet innerhalb einer Woche der tariflich vorgesehene Schlichtungsausschuß oder falls ein solcher nicht besteht, ein für diese Fälle einzusetzender Sonderschlichtungsausschuß. . . .

5. Ab 1. Januar 1923 wird das bestehende Urlaubsabkommen unter a) und b) dahin geändert, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche am 1. April des betreffenden Jahres in den fraglichen Betrieben beschäftigt waren, 6 Tage Urlaub erhalten.

Das Angebot der Unternehmer verlangt nicht nur die 48-Stunden-Woche, sondern will den neunstündigen Arbeitstag festlegen.

Nach dem Bericht, der in der Beiratssitzung gegeben worden ist, waren die Vertreter der Arbeiterschaft über den Vorschlag der Unternehmer in dem Sozialausschuß in keine Diskussion eingetreten, sondern erklärten, daß über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge die Organisation entscheiden müßte. Im weiteren Bericht, der hierzu gegeben wurde, wurde besonders hervorgehoben, daß der Vorschlag der Unternehmer in jeder Richtung hin unannehmbar ist, der erste Satz derselben beginne mit einer Lüge. Es bliebe den Textilarbeitern gar nichts anderes übrig, als den Vorschlag abzulehnen. Das von uns veröffentlichte Rundschreiben des Dr. Klaue wurde bei dieser Gelegenheit einer recht scharfen und herben Kritik unterzogen. Der Beirat faßte einstimmig folgende Beschlüsse:

Der Beirat lehnt den vorliegenden Vorschlag der Unternehmer in der Frage der Arbeitswoche ab.

Die Mitglieder des Verbandes sind sofort zu besonderer Beitragsleistung neben der regulären Leistung ab 23. Juni aufzufordern.

Beirat und Vorstand haben sofort durch Aufruf die Verbandsmitglieder von der Sachlage zu unterrichten und die Eventualität eines Kampfes ins Auge zu fassen.

Der wöchentlich zu entrichtende Extrabeitrag ist von allen Mitgliedern mindestens in der Höhe eines ordentlichen Wochenbeitrags zuzüglich Lokalzuschlag ab 23. Juni zu bezahlen.

Dieser Extrabeitrag zuzüglich Lokalzuschlag ist ungekürzt der Zentralkasse zuzuführen.

Inzwischen ist auch ein Aufruf an die Verbandsmitglieder ergangen. Die Beiträge wurden entsprechend einer neueren Vorlage geregelt, und zwar in der Gestalt, daß in Zukunft 6, 9, 12, 15, 18, 21, 24 und 27 M. Beiträge kassiert werden. Die Streikunterstützung, die bisher immer nach einer Karenzzeit von 26 Wochen, die bei dem Aufstieg in höhere Beitragsklassen in Anrechnung gebracht wurden, gezahlt wurde, ist auf 13 Wochen ermäßigt worden.

Ende der Lohnbewegung bei der Hochbahn.

Nachdem das Personal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt hatte, wurde am 9. Juni erneut mit dem Arbeitgeberverband Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen verhandelt mit folgendem Ergebnis: Die durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers am 1. Juni festgesetzten Löhne und Gehälter gelten bis zum 31. Juli mit folgender Maßgabe:

Für den Monat Juni erhöhen sich die Sätze um 1 M. für das gesamte männliche Personal und um 0.90 M. für das weibliche Personal, die Monatsgehälter entsprechend um 208 bzw. 188 M. Die Handwerker erhalten außerdem eine Zulage von 50 Pf. für die Stunde.

Für den Monat Juli tritt eine weitere Erhöhung von 1,25 M. für das männliche Personal und 1 M. für das weibliche Personal pro Stunde ein; bei dem Monatsgehalt eine solche von 200 bzw. 208 M.

Zu diesem Angebot nahmen die Funktionäre des Betriebes Stellung, die dasselbe ablehnten, da es eine Regelung für den Monat Juli vorsah und die bewilligten Sätze für den Monat Juli zu niedrig erschienen. Sie beschlossen, die Gesamtbelegschaft möge in einer Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Die Urabstimmung erfolgte am Montag und ergab mit kleiner Stimmenmehrheit die Annahme des Angebots des Arbeitgeberverbandes. Somit ist die Lohnbewegung bei der Hochbahn beendet.

Einer der Alten!

Am Montag, den 12. Juni, ist wiederum einer der Alten dahingegangen, Fritz Knoop, im Alter von 67 Jahren.

Schon während des Sozialistengesetzes, als es galt, die ganze Person einzusetzen, war Fritz Knoop stets in den vordersten Reihen zu finden. Politisch war sein Wirkungskreis infolge seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M. hauptsächlich Süddeutschland. Schon vor Gründung des Schneiderverbandes war er ein eifriger Förderer der Gewerkschaftsbewegung. Als der Schneiderverband im Jahre 1888 gegründet wurde, gehörte er zu den Mitbegründern. Anfang 1900 mußte er seinen Wohnsitz mit seiner kinderreichen Familie infolge seines Auftretens für die Arbeiterbewegung von Frankfurt a. M. nach Berlin verlegen. Die Filiale Berlin des jetzigen Bekleidungsarbeiterverbandes bekundete ihm sein Vertrauen dadurch, daß sie ihn Anfang 1900 als Angestellten wählte. Auf diesem Posten hat er in seltener Pflichttreue seine ganze Arbeitskraft eingesetzt. Wiederholt beauftragten ihn die Partei und die Gewerkschaft mit Ehrenposten.

Sein Ableben bedeutet ein herber Verlust für die Arbeiterbewegung. Die Einäscherung findet am Freitag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 101/103, statt.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin.

Die Differenzen der Renndepeschenfahrer in den Firmen „Cito", Verlagsgenossenschaft m. b. H., und seinen Filialen sowie dem Sportverlag „Union" sind durch Verhandlungen beigelegt. Deutscher Transportarbeiterverband, Branchenleitung Graphisches Gewerbe.

Verband der Hausangestellten. Heute abend, 8 Uhr, in der Schulaula Winterfeldtstr. 16, Vortrag: „Das neue Hausangestelltengesetz und seine Bedeutung". Referent Herr Otto Albrecht, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Bezirksversammlungen: **Berlin:** Freitag, den 23. Juni, 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Inhaber Grunewald, Chausseestr. — **Köpenick:** Sonnabend, den 24. Juni, 7 Uhr, bei Stippekohl, Schöneiche Str. 5. — **Gesundbrunnen:** Mittwoch, den 21. Juni, 7½ Uhr, bei Dohling, Brunnenstr. 79. — **Lichtenberg:** Sonnabend, den 17. Juni, 7 Uhr, bei Wölfiger, Gürtelstr. 38. — **Moabit:** Sonnabend, den 24. Juni, 7 Uhr, bei Karl Görtz, Lessingstr. 19b. — **Neukölln:** Donnerstag, den 22. Juni, 7 Uhr, bei Kassun, Erkstr. 8. — **Oranienburg:** Sonnabend, den 24. Juni, 6½ Uhr, bei Büschel, Königsallee, Ecke Kurfürstenstr., Restaurant „Zum großen Kurfürst". — **Schöneberg:** Sonnabend, den 17. Juni, 7 Uhr, bei Kopanke, Eisenacher Str. 63. — **Schönhauser Vorstadt:** Donnerstag, den 22. Juni, 7 Uhr, bei Schönrock, Danziger Str. 93. — **Spandau:** Sonnabend, den 24. Juni, 7 Uhr, bei Windt, Pichelsdorfer Str. 5. — **Steglitz:** Sonnabend, den 24. Juni, 7 Uhr, bei Clement, Düppelstr. 7. — **Teltow:** Sonnabend, den 24. Juni, 7 Uhr, bei Prattler, Lichterfelde-Ost, Bismarckplatz. — **Wedding:** Donnerstag, den 22. Juni, 7 Uhr, Liesenstr. 12. — **Weißensee:** Sonnabend, den 24. Juni, 7 Uhr, im Restaurant „Grüner Baum", Berliner Allee 142.

Branchenversammlungen am Freitag, den 16. Juni: **Brauereien,** 5 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30. — **Einzelhandel,** 7½ Uhr, Schule (Zeichensaal), Niederwallstr. 10. — **Elektrizität,** 7 Uhr, „Neue Philharmonie", Köpenicker Str. 96/97. — **Chemie,** 5 Uhr, bei Aug. Beier, Lichtenberg, Hauptstr. 90. — **Holzbetriebe,** 7 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30. — **Tiefbau,** 7 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verkehrsbund, Abteilung Luft- und Kraftfahrer. Kraftfahrer aller Branchen, Luftfahrpersonal, Droschkenführer und Hilfspersonal, am Freitag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Saal 1, Sektionsversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme und Anträge zum Verbandstag; 2. Diskussion; 3. Aufstellung von Kandidaten. Mitgliedsbuch vorzeigen. Die Sektionsleitung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin. Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen. Erscheinen jedes Kollegen unbedingt erforderlich.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. An die Delegierten zur Generalversammlung! Dienstag, den 20. Juni, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Engelufer 25, Fortsetzung der Generalversammlung. Aussprache über die Berichterstattung vom Verbandstag; Erledigung der Anträge sowie Aufstellung der Kandidaten der Beiratsmitglieder. Es ist Pflicht der Delegierten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet! — Freitag, den 16. Juni, 5 Uhr, bei Wilke, Sebastianstr. 30, gemeinsam mit den Sattlern und Portefeuillern, Vertrauensmännersitzung. Tagesordnung: Berichterstattung über die Zahlung der neuen Löhne. Es wird unbedingtes und pünktliches Erscheinen aller Vertrauensleute erwartet. Jeder Betrieb muß unbedingt vertreten sein! Die Branchenleitung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialistischer Studentenbund, Ortsgruppe Berlin. Rud. Breitscheid spricht am Freitag, den 16. Juni, abends 7½ Uhr, über „Sozialistische Außenpolitik" in der Aula des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums, Dorotheenstr. 12.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Oberspreewaldfahrt am 25. Juni. Lübbenau—Lehde—Leipe—Forsthaus Eiche—Kanne-Mühle—Lübbenau. Keine Fußwanderungen. Kahn- und Bahnfahrt 90 M. Teilnehmerkarten im Vereinslokal, Wollschläger, Adalbertstr. 21, Zigarrengeschäft Fritz Wilke, Reinickendorfer Straße 90. Wanderung 18. Juni, Badetour nach Krummensee, Königswusterhausen. Abfahrt 6.30 Uhr, Görlitzer Bahnhof.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 16. Juni, 7 Uhr, Oberrealschule Niederwallstr. 12, Mitgliederversammlung. Vortrag, Organisationsangelegenheiten.

„Verband Volksgesundheit". Donnerstag, den 15. Juni, Vortrag des Gen. Karl Opitz „Physiognomie", mit Illustrationen, in der Oberrealschule Niederwallstr. 12, 7½ Uhr. Gäste stets willkommen. Eintritt frei!

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Rühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Feierwelt".

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

REINER WEINBRAND IN FRIEDENSQUALITÄT MARKE.

Goldstück

J. STÜCK-NCHF. A.G. WEINBRENNEREIEN HANAU A/M.

Jac. Stück Nachf. A.-G., Zweigniederlassung Berlin O 34, Romintener Str. 45. Telephon: Königstadt 593.

Wie kommst du aus?

Der Haushalt des „kleinen Beamten".

Ein weiteres Opfer unserer privatwirtschaftlichen Neugierde ist ein kleiner Beamter. Das Haus, in dem er wohnt, ist ein schlichtes älteres Gebäude, aber es hat den Vorteil, nach drei Seiten frei zu liegen. An der Rückseite des Hauses breitet ein mächtiger Apfelbaum seine Aeste aus. Die Wohnung ist eine Treppe hoch gelegen.

Ein Besuch in der Wohnung.

Beim Durchschreiten des Korridors und eines Zimmers gewahrt man, daß die Leutchen eine zwar schlichte, aber tadellos saubere und anheimelnde Wohnungseinrichtung haben. Dennoch hat die junge Frau einen der Blicke aufgefangen: „Ach," sagt sie, „was wir hier haben, stammt alles noch von unserer Verheiratung her. Angeschafft haben wir uns seit 1914 gar nichts mehr, außer — sie zögert ein wenig verschämt — unseren **drei Kindern, das Mädel, das sieben Jahre alt ist, und zwei Jungen, ein fünfjähriger und ein zweijähriger.** Sie sind unberufen gesund, aber der letzte war so schwer bei der Geburt, neun Pfund. Das hat mich arg mitgenommen und so habe ich denn seitdem schon dreimal gelegen. Ich bin auch erst seit acht Tagen wieder auf. Mein Mann ist so gut zu mir, wenn ich krank bin. Er kann fein kochen. Ein Glück, daß uns das Kranksein nichts kostet. Mein Mann ist in der Krankenkasse für Post- und Telegraphenbeamte, die auch Frau und Kinder ärztlich versorgt. Aber jeden vierten Tag hat er **Nachtdienst, von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr.** In seiner Freizeit beschäftigt er sich immer auf seinem Laubenland. Das hat uns im vorigen Jahr gut geholfen: 18 Zentner Kartoffeln haben wir geerntet und das Sommergemüse." In diesem Augenblick wurde die Korridortür geschlossen und gleich darauf trat ein lebhafter und intelligent aussehender Mann von etwa 30 Jahren in das Zimmer. Mein Besuch war bald aufgeklärt, und während die Frau den Kaffee besorgte, zu dem ich eingeladen wurde, plauderten wir beide weiter. Der Beamte war bekümmert. Er hatte erfahren, daß sein Gartenland mit anderen Pachtländereien verkauft werden und er mit allen übrigen herunter sollte, trotzdem sie bis 1924 Vertrag haben. Die 10 000 M., die das Grundstück beim Kauf kosten sollte, hat er natürlich nicht und kann sie auch nicht beschaffen. Der Mann ist im Krieg zweimal verwundet worden, die Wunden haben einige Beschwerden zurückgelassen. Aber er **gilt nicht als kriegsbeschädigt und bekommt also auch keine Rente.** Der Nachtdienst strengt ihn zwar sehr an, aber er erträgt ihn ohne Klagen. Persönliche Bedürfnisse hat er wenige. Durchschnittlich trinkt er **jeden vierten Tag ein Glas Bier.** Spirituosen gar nicht. Durchschnittlich **jeden Tag eine Zigarre.** Kartenspiel und Kneipengehen sind seiner Natur fremd. Er ist sich seiner Pflicht als Familienvater bewußt. Bücher kann er sich nicht kaufen. Er liebt das Theater, aber da er ohne seine Frau nicht hingehen würde und ein Volksbühnenbesuch mit Fahrgeld und Unkosten für zwei Personen mindestens 40 M. kostet, so kann er sich selbst dieses Vergnügen nicht gönnen. Außer dem Dienst und der Familie hat er nur noch sein Stückchen Land, an dem er hängt. **Nebenverdienst hat er nicht, auch kein Privatvermögen. Sein Gesamteinkommen mit Teuerungs-, Orts- und Kinderzuschlägen beträgt jährlich 46 000 M. oder monatlich 3833 M.** Die zarte und nicht sehr kräftige Frau muß die ganze Wirtschaft für die 5 Personen einschließlich der monatlichen großen Wäsche, der Wohnungsreinigung und der Kleider- und Wäschereparatur selber besorgen. Wir drei setzten uns zusammen hin und rechneten auf Grund des Wirtschaftsbuches folgende monatliche Ausgaben heraus:

Steuern	208 M.
Miete	60 „
Koch- und Leuchtgas	80 „
Heizung	160 „
Zutaten zur Wäsche	45 „
Versicherungen:	
Kranken	40 „
Leben	40 „
Feuer	8 „
Zeitung	30 „
Beiträge: Partei	6 „
Verband	15 „
Landpacht-Gen.	2 „
Putzmittel für Küche und Schuhe	10 M.
Reparaturen a. Kleidern Wäsche, Schuhen usw.	100 „
Kleidergeld f. Beamtenkleidung	25 „
Bier	40 „
Tabak	50 „
Lebensmittel für Mann, Frau und drei Kinder	3 169 „
Zusammen	4 076 M.

An Lebensmitteln wurden folgende benötigt, wobei der stärkere Verbrauch von Schrippen, Milch, Grieß und Reis auf Konto der drei Kinder zu setzen ist:

	je	
18 Stück Brot	5,40	97 M.
150 Pfd. Kartoffeln	2,80	420 „
150 Schrippen	0,80	120 „
8 Pfd. Fleisch	46,—	368 „
5 „ Fisch	12,—	60 „
1 „ Schmalz		45 „
15 „ Margarine, Palmin	34,—	510 „
4 „ Erbsen, Bohnen	9,—	36 „
6 „ Grieß	14,—	84 „
6 „ Reis	11,—	66 „
10 „ Mehl	12,—	120 „
30 Eier	4,30	129 „

	je	
30 Liter Milch	8,—	240 M.
½ Pfd. Aufschnitt		32 „
8 „ Wurst	52,—	416 „
1 „ Käse		40 „
4 „ Marmel.	10,—	40 „
8 „ Malzkaffee	10,—	80 „
1 „ Kakao		38 „
¼ „ Tee		25 „
2 „ Dörrobst	23,—	46 „
10 „ Zucker	13,—	130 „
Gewürze und Sonstiges		20 „
Zusammen		3 162 M.

Die Rechnung geht nicht auf.

Das monatliche Einkommen beträgt also insgesamt 3833 M., die Ausgaben betragen 4076 M. **Ungedeckt bleiben zirka 250 M. monatlich.** Selbst wenn man ganz radikal Bier und Tabak abziehen würde, blieben noch 140 M. ungedeckt. Dabei ist zu bedenken, daß für **Neuanschaffungen für Kleidung der Frau und der Kinder, sowie für Wäsche, Schuhe, Strümpfe und Hüte kein Pfennig eingesetzt ist.** Wie also soll die Familie zurecht kommen? Man muß sich wohl oder übel kleine Beträge leihen. Bei den Kindern muß man damit rechnen, daß bei ihren Geburtstagen von den Eltern und Verwandten etwas geschenkt wird. Einmal im Monat, wenn der Vater sein Gehalt bekommt, bekommen die Kinder auch ein Stückchen Schokolade, einmal in Monat ein Stückchen Kuchen. Als Mitglied der Konsumgenossenschaft wird die Qualität der Waren verbessert und die Preise werden ein wenig verringert. Lebte der Mann nicht so unglaublich anspruchslos, so müßten die Kinder leiden. Die Frau macht nicht nur die Wirtschaft allein, sie schneidert den Kindern auch die Kleider. **Es reicht trotzdem nicht her und nicht hin.** Eigentümlich berührte an diesem Mann, daß er sehr im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der Beamtenwelt gar nicht von seinem Gehalt sprach. **Es ist ihm selbstverständlich, daß mit dem gegenwärtigen Satz kein Auskommen mehr ist und daß eine Erhöhung kommen muß.** Aber damit auch gut. Aus all seinen Worten sprach etwas ganz anderes, nämlich das selbstsichere Vertrauen des freien Staatsbürgers, in einer Republik das unantastbare Recht zu haben, seine politische Ueberzeugung und seine wirtschaftlichen Forderungen frei zu vertreten. Und das scheint diesem Mann die Sicherheit zu verleihen, ein karges Leben gefaßt und ruhig ertragen zu können, das unter anderen Umständen ein Hunger- und Jammerleben wäre.

Die Frisur im Ballnetz.

Als der Teufel voll solch' ungenießbarer Laune war, daß er sich über sich selbst ärgerte, knuffte er die Göttin Mode recht derb in die Seite und stachelte sie zu neuen Schandtaten an. Die Göttin war der Menschheit schon lange gram und sie beschloß, sie mit einer grimmen Bösartigkeit zu beehren. Durch Kleider-, Hüte- und Schuhmoden waren die Menschen bereits gestraft übergenug, daher schenkte die Göttin jetzt einem nahezu unscheinbaren Gegenstand ihre Aufmerksamkeit. Dem Haarnetz nämlich.

Das hatte bislang bescheiden sein verhältnismäßig nützliches Dasein geführt. Es war dazu da, die Frisur ordentlich erscheinen zu lassen und möglichst unauffällig zu sein. In vier Farben: hellblond, dunkelblond, schwarz und weiß ging es durchs Leben. Natürlich, wo alles stieg, konnte es allein nicht zurückbleiben und sein Preis kletterte munter in die Höhe. 12, ja sogar 14 Mark kostete es. Wirklich geschäftstüchtige Kaufleute hatten die Netze schon seit Jahren aufgestapelt, und verkauften sie nun, mürbe, hauchdünn, in spinngewebartiger Beschaffenheit. Beschwerte sich aber eine Käuferin, dann wurde sie mit bedauerndem Lächeln belehrt und ihr von oben herab erklärt, daß es sich um ganz besonders feines Haar handele, eine Qualität, die nur der Fachmann zu würdigen wisse.

In dieses liebliche Spiel platzte — das seidene, das Haar schauderhaft gefangen haltende Haarnetz. In Farben, daß sich ein gütiger Gott erbarme, denn der Teufel hat seine Freude daran. Rot und grün und lila und in Maschengröße, durch die sich bald ein Walfisch zwängen kann. Gelb über rote Haare gezogen (rot ist augenblicklich die moderne Haarfarbe), soll z. B. die Schwermut vertreiben. Während marineblau bei lichtblondem Haar eine heitere Stimmung auslösen soll. Auf die unglücklichen Frisuren, die in diese erweiterten Ballnetze (sie kosten übrigens nur 50 Mark) eingefangen werden, nimmt natürlich kein Mensch Rücksicht. Sie rangieren allesamt unter der Ueberschrift: „Junge, Junge, haben se Dir jebufft".

Was wird aus den Gütern?

Der heiße Kampf, der um die Erhaltung und Rentabilität unserer städtischen Güter seit Wochen in der Deputation und im Magistrat geführt wird, fand gestern sein Echo im Etatsausschuß bei der Beratung des Haushaltsplans der Güter. Darüber, daß unsere Güterverwaltung höchst verbesserungsbedürftig ist, herrscht Einmütigkeit von rechts bis links. Denn es ist schlechterdings nicht zu verstehen, warum unsere 46 städtischen Rieselgüter in einer Zeit, in der die Landwirtschaft Millionengewinne verdient, ganze 800 000 (achthunderttausend) Mark Ertrag abwerfen sollen. Aber über die Wege zu einer ertragreicheren Verwaltung gehen die Meinungen weit auseinander. Die bürgerlichen Parteien sehen bei ihrer Abneigung gegen alles, was auch nur entfernt mit Gemeinwirtschaft zusammenhängt, das Heil einzig und allein in der Gesamtverpachtung, wir wollen durch eine Reform der Verwaltung und durch die Vergleichsmöglichkeiten mit einigen wenigen verpachteten Gütern die Rentabilität herbeiführen. Der „Lokalanzeiger" glaubte vorgestern bereits zur Einleitung der Etatsverhandlungen die Schuld an den augenblicklichen Zuständen dem „sozialistischen Magistrat" zuschieben zu sollen. Da muß denn doch daran erinnert werden, daß in der Güterverwaltung unseres Wissens kein einziger Sozialist, dafür aber um so mehr Gesinnungsfreunde des „Lokalanzeigers" sitzen und daß die ganze, jetzt von der sozialistischen Magistrat als unhaltbar erkannte Verwaltungsform und Verwaltungsschlamperei uns als Erbstück bürgerlicher Kommunalpolitik überkommen ist. Im Etatsausschuß wurde gestern der bürgerliche Antrag auf Gesamtverpachtung aller Güter bei der schwachen Besetzung der Rechten mit allen sozialistischen Stimmen abgelehnt. Man einigte sich schließlich dahin, den Etat ohne Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen über die Verwaltungsreform zunächst durchzuberaten und von der Güterverwaltung ausreichenderes Material als das bisher vorliegende über den Beamtenapparat und die Art der Bewirtschaftung einzufordern.

„Zu treuen Händen".

Ein Opfer seiner Bolschewistenfurcht.

Die Angst vor dem Bolschewismus hat einem Dr. Plaske in die unangenehme Lage gebracht, sich auf die Anklage des versuchten Vergehens gegen das Kapitalfluchtgesetz vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verantworten zu müssen. Er war mit einem Strafbefehl in Höhe von 50 000 M. bedacht worden und hatte Widerspruch dagegen erhoben.

Bei der ganz sonderbaren Affäre hat der Angeklagte ein ungewöhnliches Pech gehabt und ist in fast tragikomischer Weise um eine Riesensumme gebracht worden. Der Angeklagte kannte seit Jahren eine Dame, die zwar mittellos war, aber einen tadellosen Ruf hatte. Zur Zeit als in Berlin die Wogen des Aufruhrs sehr hoch gingen, hörte der Angeklagte von jener Dame, einer Frau Elsässer, daß nach allem, was sie aus guter Quelle gehört habe, Deutschland „unentrinnbar dem Bolschewismus verfallen" sei. Da bekam es der Angeklagte mit der Angst und er sann darüber nach, wie er einen Teil seines großen Vermögens vor den bolschewistischen Gefahren sicherstellen könnte. Frau E. erzählte ihm, daß sie über kurz oder lang wegen eines Lungenleidens ein Schweizer Sanatorium aufzusuchen beabsichtige und riet ihm, auswärtige Wertpapiere im Werte von etwa 600 000 M. ihr in Gewahrsam zu geben. Der Angeklagte übergab die Wertpapiere der Frau E., um, wenn wirklich durch einen bolschewistischen Putsch Recht und Gesetz über den Haufen geworfen werden sollten, diesen Teil seines Vermögens nach der Schweiz zu retten. Vor-

---

Der Ruf durchs Fenster.

31] Roman von Paul Frank.

Häusliche Szenen.

Am Abend desselben Tages — die Unterredung hatte um die Mittagsstunde stattgefunden — kam Erika Diest mit rotgeweinten Augen nach Hause. Sie begrüßte die Eltern nicht einmal und begab sich vielmehr sofort in ihr Zimmer, in das sie sich einschloß. Herr Diest ahnte, daß seine Tochter abermals eine Unterredung mit Dmochowski gehabt, der sie offenbar von seinem Zusammentreffen mit ihrem Vater in Kenntnis gesetzt hatte. Mehrere Tage vergingen. Herr Diest wartete zunächst ab. Vielleicht hatte doch ein endgültiger Abschied zwischen den jungen Leuten stattgefunden, und Dmochowski hatte die Aussichtslosigkeit seines weiteren Werbens eingesehen. Herr Diest versuchte es in der Folge mehrmals, eine Aussprache mit seiner Tochter herbeizuführen, ohne daß ihm das jedoch gelungen wäre. Stets wußte Erika ein Zusammentreffen mit ihrem Vater zu vermeiden. Auch bei den Mahlzeiten wußte sie es so einzurichten, daß sie ihm nicht begegnete. Frau Diest klagte ihrerseits über das völlig veränderte Wesen der Tochter, sie sah sich ihrem Kind gegenüber hilf- und ratlos, und sie überhäufte ihren Mann mit Vorwürfen, seiner übergroßen Strenge wegen. Es kam in diesem Fall, was bisher noch niemals vorgekommen war, zu Streitigkeiten zwischen den Ehegatten. Schließlich kam man überein, Erika nach Berlin zu Verwandten zu schicken. Die Korrespondenz war eingeleitet, der Brief, der Erika abreisen hieß, war bereits eingetroffen. Nun mußte das Mädchen bloß noch so weit gebracht werden, auch wirklich abzureisen. Die Mutter hatte die Mission übernommen, Erika zu überreden, nach Berlin zu fahren. Montag nachmittags verließ Erika gegen fünf Uhr die elterliche Wohnung, ohne jemand über Ziel oder Zweck ihres Fortgehens in Kenntnis zu setzen. Die Mutter stand am Fenster und sah die Tochter aus dem Hause auf die Straße hinabgehen. Sie wollte ihre Rückkehr erwarten, um sie nachher ins Gebet zu nehmen und sie zur Abreise zu bewegen. Wenigstens hatten die Ehegatten diesen Plan ausgeheckt. Frau Diest wartete also. Als Herr Diest um acht Uhr abends, wie er zu tun pflegte, ins Zimmer trat und seine Frau fragte, ob alles in Ordnung und nach Wunsch gegangen sei, mußte ihm Frau Diest die Mitteilung machen, daß Erika noch nicht nach Hause gekommen sei. Man wartete. Es wurde immer später. Schließlich verging die Nacht, und der Morgen brach an. Aufregung und Angst des Ehepaares Diest stiegen ins ungemessene.

Auf der Suche.

Dem erregten Zustand Rechnung tragend, in dem Erika während der letzten Tage sich befunden hatte, mußte man das Schlimmste annehmen. Vorerst wurde bei sämtlichen Verwandten und Bekannten des Hauses Diest telephonisch angefragt; aber niemand hatte das junge Mädchen gesehen oder wußte über seinen Verbleib irgendeine Auskunft zu geben. Schließlich entschloß sich der Vater, Thaddäus Dmochowski aufzusuchen. Er mußte Auskunft über den Aufenthalt seiner Tochter geben können. Falls er überhaupt anzutreffen war, da vor allem die Mutter die Ansicht vertrat, daß das junge Paar gemeinsam die Flucht ergriffen habe. Herr Diest geriet, als seine Frau eine solche Annahme äußerte, in größte Erregung und entschloß sich endlich, obwohl er lange gezögert hatte, Dmochowski aufzusuchen.

In der Studentenbude.

Ein Automobil brachte Herrn Diest, in dessen Begleitung sich sein Schwager befand, in die Wohnung des Studenten Dmochowski, die sich im Hause Nr. 43 in der Mitauer Straße befindet. Die Zimmerfrau, bei der der Student logierte, bedeutete den Herren, daß ihr Mieter nicht zu Hause sei, daß er jedoch versprochen habe, um zwei Uhr nachmittags zurückzukehren. Die beiden Herren, die vorher in Erfahrung gebracht hatten, daß der Student allabendlich nach Hause gekommen sei, warteten nun seine Rückkehr ab. Herr Diest war, ohne daß ihn das jedoch über den Verbleib seines Kindes beruhigt hätte, überzeugt, daß es sich keinesfalls um einen gemeinsamen Fluchtversuch handeln könne. Endlich kam Dmochowski nach Hause. Sehr erstaunt, Herrn Diest und einen fremden, ihm unbekannten Herrn anzutreffen, fragte er höflich nach der beiden Begehr. Der Student wußte angeblich noch nichts von dem, was vorgefallen war. Diesen Eindruck gewann Herr Diest. Am besten, wir geben diesem selbst das Wort. Unser Mitarbeiter hatte Gelegenheit, den schwergeprüften Vater, kurz nachdem die Unterredung mit dem Studenten stattgefunden hatte, zu sprechen. Er machte einen völlig gebrochenen Eindruck. „Ich habe Herrn Dmochowski ins Gesicht gesehen und ihn gefragt: Wo ist meine Tochter.... Worauf er mir antwortete: Ich habe Ihre Tochter seit gestern nachmittag nicht gesehen! Ich glaubte ihm natürlich nicht, aber er beschwor es und fragte nun seinerseits nach Erika, gestand, daß er sich all das nicht erklären könne, drang immer heftiger in mich und schleuderte mir endlich die heftigsten Vorwürfe ins Gesicht ob meiner Härte und Unnachgiebigkeit. Sowohl ich wie mein Schwager gewannen die Ueberzeugung, daß der junge Mann keine Ahnung von dem besaß, was sich ereignet hatte. Er schien in der Tat nicht zu wissen, wo meine Tochter sich befand, und meine letzte Hoffnung war zuschanden geworden, da er, von dem ich erfahren wollte, was mit Erika eigentlich geschehen, aus meinem Munde hören mußte, daß sie verschwunden sei.

Der Schmerz des Verliebten.

Als er vernommen hatte, daß Erika nicht nach Hause gekommen sei, geriet er in einen Zustand völliger Raserei; er warf sich mir zu Füßen, umfaßte meine Knie und beschwor mich, ihm doch zu sagen, daß Erika wohlbehalten daheim sich befinde.

„Ich schwöre, daß ich sie nie wiedersehen will; sagen Sie mir nur, daß alles Komödie und Manöver ist. Ich ertrage den Gedanken nicht, daß Erika ein Leid zugestoßen sein könnte . . ."

Hierauf überhäufte er mich wieder mit Vorwürfen, so daß ich, der doch aus einem ganz anderen Grunde hergekommen war, den Verzweifelten trösten mußte. Schließlich wurde er ruhiger, klagte sich selber an, daß er das Mädchen um seine Ruhe gebracht habe, wollte sterben. Mein Schwager und ich verließen das Heim des Studenten, diesen in erschöpftem Zustand auf dem Bett liegend zurücklassend. Jeder Verdacht gegen Dmochowski war geschwunden. Ich muß gestehen, daß der Schmerz des jungen Mannes auf mich den tiefsten Eindruck gemacht hat. Während ich die Treppe zur Straße hinabstieg, machte ich mir die bittersten Selbstvorwürfe über meine väterliche Strenge. Zugleich mußte ich mir gestehen, das Dmochowski in der Aufrichtigkeit und Echtheit seiner Empfindung auf mich einen sehr günstigen Eindruck gemacht hatte.

Im Polizeibureau.

Auf Drängen seines Schwagers erstattete er hierauf im Polizeibureau die Abgängigkeitsanzeige. Im Laufe des Nachmittags wurden Herr und Frau Diest vernommen. Hierauf begab sich der Kommissär Liubatschow nochmals in die Wohnung des Studenten Thaddäus Dmochowski, um diesen über sein letztes Zusammensein mit Fräulein Erika Diest zu vernehmen. Hierbei ergab sich ein überraschendes Resultat.

(Fortsetzung folgt.)

läufig sollte ihn Frau E. bis auf weiteres nur „zu treuen Händen" bewahren. Es kam aber anders. Frau E. hielt die Gelegenheit für günstig, **sich selbst zu bereichern**; sie **verkaufte** schon hier in Berlin einen Teil der Papiere, verheiratete sich und kaufte sich in Freiburg eine Villa. Der Angeklagte hatte das Nachsehen. Durch einen Zufall wurde der Tatbestand bekannt und es entwickelte sich ein Strafverfahren gegen Frau E. wegen Unterschlagung, die nun gegen den Angeklagten den Trumpf ausspielte, ihn der Kapitalsflucht zu beschuldigen. Bei ihren Vernehmungen hat sie aber mit ihren Aussagen mehrfach gewechselt, während der Angeklagte fest dabei blieb, daß er die Papiere der E. **nur zur Aufbewahrung** anvertraut habe, ohne irgendwelche Verabredungen über die Art und den etwaigen Zeitpunkt einer Verbringung in die Schweiz zu treffen. — Rechtsanwalt Dr. **Peschke** griff die Glaubwürdigkeit der einzigen Belastungszeugin an und hielt außer aus persönlichen, auch aus juristischen Gründen die Freisprechung des Angeklagten für geboten, da der vorliegende Tatbestand in keiner Weise einen Versuch des Vergehens gegen das Gesetz vom 21. November 1918 darstellt. — Das Gericht kam zu demselben Ergebnis und **sprach den Angeklagten frei.**

„Der Krieg ist zu Ende!"

Auf dem gestrigen **Neuköllner Wochenmarkt** kaufte eine Frau bei einem Schlächter ein Pfund Schweinefleisch. Auf ihre Frage nach dem Preise, erhielt sie die Antwort: „Sechzig Mark." Darauf legte sie **einen Markschein** hin und erklärte: „**Der Krieg ist zu Ende!**" Da sie sich weigerte, das Fleisch herauszugeben, mußte ein Schutzmann gerufen werden, der die Frau zur Polizeiwache abführte. Dort hat man ihr vermutlich klargemacht, daß der Krieg allerdings zu Ende ist, daß aber die gottgewollte Begleiterscheinung der großen Zeit, der **Lebensmittelwucher**, erst jetzt zur gesegneten Vollblüte gedeiht. So will es die kapitalistische Gesellschaftsordnung, an der eine einzelne Frau nicht rütteln kann. Aber wenn sich recht viele gleichgesinnte Frauen zusammentun und ihre Pflichten als wahlberechtigte Reichs- und Staatsbürgerinnen nie versäumen, dann wird auch der wirtschaftliche Kriegszustand bald ein Ende nehmen, in dem uns die agrarischen Aushungerer mit ihren Helfershelfern gern dauernd erhalten möchten.

Eine Stullentasche mit Thermosflasche.

Der normale Spitzbube bestiehlt, wenn es lohnt, den Unbemittelten ebenso wie den Wohlhabenden. Es gibt aber unter den Spitzbuben manchmal auch sozusagen anständige Leute, die sich überlegen, **wen** sie schädigen. Zu ihnen gehört anscheinend nicht der Gelegenheitsdieb, der am vorigen Sonnabend (10. Juni), abends um 11 Uhr, auf der **Straßenbahnlinie 15** in einem Beiwagen Nr. 1422 einem zum Straßenbahnhof Neukölln (Canner Straße) gehörenden Schaffner Salmit **eine Stullentasche nebst Thermosflasche** stahl. Da in dem Wagen keine Holzkiste zur Verwahrung der Tasche war, so mußte der Schaffner diese unter einen Quersitz stellen, und er tat das im Vertrauen auf die Ehrlichkeit der Fahrgäste. Einer der Fahrgäste mißbrauchte leider das Vertrauen und hieß die Tasche mitgehen, er wurde aber von Mitfahrenden beobachtet und dann auf seinem Wege verfolgt. Wie man uns mitteilt, wird es möglich sein, **die Persönlichkeit nachträglich festzustellen** und danach eine Strafverfolgung einzuleiten. Der bestohlene Schaffner empfindet den Verlust bitter, er ist aber Optimist und gibt sich der Hoffnung hin, daß der Dieb doch noch Anständigkeit genug haben wird, die Tasche nebst Thermosflasche **zurückzuschicken**. Warten wir ab, ob er Recht behalten wird.

Wie aus Magermilch Vollmilch wurde.

Die Potsdamer Kaufleute **Zillmann** und **Kreuzer** hatten sich im Frühjahr 1921 mit einem Posten **kondensierter Magermilch** eingedeckt. Zu dieser Zeit lockerte sich die Zwangsbewirtschaftung für Milch und der Absatz der Kondensmilch stockte. Die Geschäftsleute wußten sich zu helfen. Zillmann und Kreuzer verschafften sich eine Büchse amerikanischer Vollmilch. Sie **lösten das Etikett** ab, brachten es zu dem Geschäftsführer Gellner einer Druckerei in Potsdam und ließen sich von diesem **10 000 amerikanische Vollmilchetiketts** herstellen. Von den Magermilchbüchsen wurden die alten Etiketts abgeweicht und die Büchsen gewissermaßen amerikanisiert. Alle möglichen Geschäfte wurden nun mit dieser amerikanischen Milch beliefert. Bis nach Süddeutschland wurden Geschäfte abgeschlossen. Schließlich erschien den Verbrauchern diese Vollmilch doch etwas „zu mager" und die Büchsen wurden zur Untersuchung den zuständigen Behörden übergeben. Das Schwindelmanöver kam heraus und die beiden Kaufleute sowie der Drucker waren heute vor dem Potsdamer Schöffengericht wegen Betruges bzw. Beihilfe angeklagt. Die Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegte Tat zu. Das Potsdamer Schöffengericht erblickte in dieser Handlungsweise keinen Betrug, sondern nur eine **Nahrungsmittelverfälschung**. Zillmann und Kreuzer wurden demgemäß zu **je einem Monat Gefängnis** verurteilt, der Drucker wurde auf Staatskosten freigesprochen.

Haussammlung „Brüder in Not". Der Polizeipräsident hat der den hungernden Rußlanddeutschen gewidmeten Reichssammlung „Brüder in Not" für die Groß-Berliner Verwaltungsbezirke 1 bis 20 die Veranstaltung einer **Haussammlung** gestattet und zwar in der Zeit vom 15. bis 30. Juni 1922. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine und der **Bund deutscher Mietervereine** haben an die Vermieter und Mieter Groß-Berlins besondere Aufrufe zur Unterstützung dieser Sammlung gerichtet und insbesondere um **lückenlose Vorlage der Sammellisten** seitens der Hausbesitzer bzw. Verwalter bei den Mietern gebeten. Die Haussammlung hat den Zweck, das Bild **von dem unvorstellbaren Hungerelend unserer deutschen Stammesbrüder an der Wolga und im Schwarzmeergebiet** unmittelbar an die Berliner Bevölkerung zu tragen und deren Hilfsbereitschaft zu erwecken. Die eingehenden Spenden werden der behördlich genehmigten Reichssammlung „Brüder in Not" (Berlin W. 56, Oberwallstr. 1a) zugeführt.

Um 600 000 Mark im Theater bestohlen. Bei einem Besuch des **Wintergartens** geriet gestern ein Kaufmann B. aus Berlin nach Schluß der Vorstellung bei der Kleiderabnahme ins Gedränge. Diese Gelegenheit benutzte ein wahrscheinlich gewerbsmäßiger Taschendieb, ihm aus der Gesäßtasche eine schwarzlederne **Geldtasche** zu stehlen. Die Tasche enthielt 30 000 M. in Tausendmarkscheinen, 2600 französische Franken und 283 Brillanten. Drei davon sind sehr groß und wiegen zusammen 5,50 Karat, 280 sind kleiner und haben ein Gesamtgewicht von 21,5 Karat. Das gestohlene Gut ist im ganzen 600 000 M. wert. Der Bestohlene hat auf seine Wiederherbeischaffung eine hohe **Belohnung** ausgesetzt. — Schwer bestohlen wurde ein Schweizer im **Lunapark**. Ihm stahl ein Dieb die **Brieftasche**, die Schweizer Noten und deutsches Geld im Betrage von 120 000 M. enthielt. Unter den Schweizer Noten befanden sich je eine zu 50 und 20 Franks und drei über 5 Franks. Auch hier ist auf die Wiederherbeischaffung eine sehr hohe Belohnung ausgesetzt.

Der Lustmord in der Prenzlauer Straße. Der Chauffeur **Kost**, der in dem dringenden Verdachte steht, die kleine Dorothea Schmidt umgebracht zu haben, ist **noch nicht ergriffen**. Der Verdacht, daß er auch die vermißte Tochter Gerda des Arbeiters Wegner aus Oberschöneweide zu unlauteren Zwecken verschleppt habe, hat sich **nicht bestätigt**. Das Kind ist wieder bei seinen Eltern. Es war nicht verschleppt worden, sondern zu Verwandten gelaufen, ohne daß die Eltern davon wußten.

Zwei Briefkastenmarder wurden gestern nachmittag im Westen der Stadt in der Zietenstraße **auf frischer Tat festgenommen** und der Polizeiwache Kurfürstenstraße übergeben. Dort fand man bei ihnen eine ganze Reihe Briefsendungen, die sie jedenfalls bereits anderen Kästen entnommen hatten.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch etwas schwächer, Geschäft flau. Fische hinreichend, Geschäft rege. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

•

Am Mittwoch galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Rindfleisch 50—60 M., ohne Knochen 60—68 M. **Schweinefleisch** 55—75 M. **Kalbfleisch** 35—62 M. **Hammelfleisch** 38—58 M. **Rückenfett** 55—60 M. **Schellfisch** 10—16 M. **Kabeljau** 9—15 M. **Barsche** 10—12 M. **Seelachs** 12—16,50 M. **In Eis: Schleie** 30—36 M. **Hechte** 32—35 M. **Aale** 50—58 M. **Plötzen** 12—16 M. **Lebende Barsche** 23—24 M. **Hechte** 48—52 M. **Karpfen** 36—41 M. **Bleie** 18—27 M. **Aale** 68—73 M. **Eier** 5—5,30 M. das Stück. **Naturbutter** 56—70 M. **Margarine** 35—46 M. **Schweineschmalz** 45—48 M. **Erbsen** 10—14 M. **Weiße Bohnen** 9—13 M. **Graupen** 10—10,50 M. **Hafergrütze** 10 M. **Eiernudeln** 20—21 M. **Reis** 10—16 M. **Spargel** 2—16 M. **Schoten** 11 M. **Kartoffeln** (neue) 75—80 M. 10 Pfund. **Kohlrabi** 13—16 M. die Mandel. **Spinat** 2—3 M. **Kirschen** 12—18 M. **Erdbeeren** 24—40 M.

Zur Angelegenheit der Wirtschaftskoalition Neukölln-Treptow schreibt uns die **Konsumgenossenschaft** Berlin und Umgegend: „Das Bezirksamt 15 hatte auch von uns ein Angebot wegen Uebernahme der von ihm betriebenen 14 Verkaufsstellen erhalten. Unser erstes Angebot betrug für das vorhandene Inventar ebenfalls 250 000 M. Das Verkaufsstellenpersonal sollte allerdings nur soweit von uns übernommen werden, als es auch wirklich brauchbar ist. Es wird nun in dem Abendblatt vom 8. Juni gesagt, daß wir unser Angebot in überaus kurzsichtiger Weise gemacht hätten, um den Zweck zu verfolgen, unbequeme Konkurrenz uns vom Halse zu schaffen, wenn wir von diesen 14 Verkaufsstellen nur 5 bestehen lassen wollen. In unseren schriftlichen Angeboten sowohl als auch in der oben angedeuteten Verhandlung haben wir erklärt, daß wir allerdings die Verkaufsstellen, die in Holzbaracken untergebracht sind, aus Gründen der Sicherheit nicht bestehen lassen können. Eine weitere Verkaufsstelle in Niederschöneweide befindet sich zwei oder drei Häuser von unserer 101. Verkaufsstelle entfernt. Wir betonen nochmals, daß unsere Stellungnahme hierzu aus rein kaufmännischen, genossenschaftlichen und, soweit die Holzbaracken-Verkaufsstellen in Frage kommen, auch aus sozialen und hygienischen Erwägungen heraus gegeben war."

Eine religiöse Feierstunde hält Genosse Pfarrer Bleier am Sonntag, den 18. Juni, abends 6 Uhr, in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-August-Platz (unweit Bahnh. Charlottenburg), ab. Thema: „Gibt es einen Gott?"

Deutsche Friedensgesellschaft. Freitag abend 7 Uhr spricht im Bürgersaal des Rathauses Walter Fabian über Friedrich Wilhelm Förster in unserer Zeit.

Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn.

Der gestern früh 1/2 9 Uhr von Budapest abgegangene **Grazer Eilzug**, von dem einige Waggons bei Raab abgekoppelt wurden, um über Oedenburg nach Wien zu gehen, ist in Ungarn **infolge Schienenbruchs entgleist**. Die Lokomotive stürzte über die Böschung und riß mehrere Waggons mit sich. Von Budapest sind fünf Hilfszüge abgegangen. Bis 11 Uhr vormittags wurden **4 Tote und ein Schwerverletzter** geborgen.

Paratyphuserkrankungen durch Leitungswasser in Königsberg. Seit dem 6. Juni sind in Königsberg eine beträchtliche Anzahl von Typhus- bzw. Paratyphuserkrankungen gemeldet worden, die sich über alle Stadtteile erstrecken. Bis zum heutigen Tage beträgt die Zahl der amtlich festgestellten Fälle 45. Das hygienische Universitätsinstitut hat ermittelt, daß im **städtischen Leitungswasser** Paratyphusbazillen enthalten und die Krankheitsfälle höchst wahrscheinlich dadurch verursacht worden sind.

Großfeuer in Altona. Gestern, Mittwoch abend, gegen 7 Uhr, brach in der Tapetenfabrik von Joen in **Altona-Ottensen** Großfeuer aus. Es besteht wenig Aussicht, die Maschinen und Lagerbestände zu retten.

Das fremdenverlassene Bayern. Die Demokraten haben im bayerischen Landtag eine Interpellation wegen der Krise eingebracht, die der bayerischen Fremdenindustrie durch das Ausbleiben des erwarteten großen Fremdenstroms droht. Als Ursachen dieser Erscheinung werden angesehen: Bedauerliche Auswüchse in der Preisgestaltung, irreführende Nachrichten der in- und ausländischen Presse über die Verhältnisse in Südbayern und schikanöse Handhabung der Fremdenpolizei.

Filmschau.

Ein Fliegerfilm.

An einem Sonntag Vormittag geht der Kritiker grundsätzlich nicht ins Kino. Tut er es einmal ausnahmsweise, dann darf er von Glück reden, wenn ihm ein so vorzüglicher Film begegnet wie die „Flieger" der **Donar-Film-Gesellschaft**, die man am Sonntag mittag im **Primus-Palast** zeigte. Die Vorstellung fand zugunsten der durchaus förderungswerten Bestrebungen des Jugendamtes statt, an dessen Spitze der Berliner Oberbürgermeister **Böß** steht. Was man sah, war eine ungewöhnliche, ganz und gar hochwertige und im Zuschnitt eigenartige, dabei in jedem Bild filmmäßig empfundene und filmgerecht festgehaltene Leistung. Jede Phase des von Kraft, Mut und eroberndem Menschengeist erfüllten Fliegerberufes ist in diesem Film festgehalten. Dabei steht er auf einer ganz anderen Linie als der herkömmliche Lehrfilm. Er ist gesättigt von einer wunderbaren, aus der sportlichen Leistung selbst quellenden Spannung. Kein Sensationsfilm hat je so frohes, lautes Herzklopfen verursacht wie dieser wahrhaftig aus dem Leben geholte Film. Er zeigt neben vielem anderen technisch Interessanten und an sich bildhaft Reizvollem u. a. Seeflüge und als schönstes Schaustück einen Alpenflug von begeisternd kühnem Rhythmus. Die Umkreisung der Zugspitze, das Hinaufschrauben des Flugzeuges bis zu 3000 Meter Höhe, das sind Bilder von unvergeßlicher Einprägsamkeit. Wie die Seele der Landschaft aus dieser Einstellung neu und eigenartig erwächst, ist ein Wunder für sich. Der Operateur **Kühle**, der oft auf der Tragfläche des Flugzeuges sitzend, geradezu heldenhaft kurbelte, hat ebenso hervorragenden Anteil an dem Gelingen dieses Films wie der Regisseur **Rockenfeller**. Absprünge mit dem Fallschirm werden im Bilde gezeigt, und der kühne Springer demonstrierte im Zwischenakt die Technik des Fallschirms auf der Leinwand. Eine lebendige, echt witzige Aufmachung fördert das thematisch Hochinteressante. Es war ein schöner, gewinnreicher Vormittag. p—s.

Herzog Ferrantes Ende.

Besitz verpflichtet. Kein im Film schaffender Künstler besitzt so sehr das Vertrauen aller, die an die Befreiung des Films aus den sich immer mehr lockernden Fesseln unkünstlerischer Belanglosigkeit glauben, wie **Paul Wegener**. Er kam bereits vor Jahren als der Reformator des Films. Als einer, der dem Lichtspiel Seele einzuhauchen verstand, der es, anders wohl, aber vollwertig dem Bühnenspiel zur Seite stellen wollte. Als einer, der Bilder schuf um der Schönheit willen. Wegener besitzt unseren Glauben an die letzte Veredelung des Films. Dieser Besitz verpflichtet ihn. Mit seinem neuesten Werk, dem Kulturbild aus dem 14. Jahrhundert „**Herzog Ferrantes Ende**" hat er dieser Pflicht nicht genügt. Einmal geht es nicht an, aus einer so ungeheuren Zeit, wie es die Renaissance war, nur das Zerstörende, Grausame, Herrisch-Brutale herauszulösen. Dieser Herzog Ferrante, Sadist und gedankenloser Mörder, der Frauen schändet, offen mit glühenden Zangen kneift, der Galgen bevölkert und seine Opfer einbalsamiert in den Katakomben seiner Festung aufstellt, ist kein tragischer Held, er ist auch kein Repräsentant der Renaissance, er ist nur ein Scheusal. Nur-Scheußlichkeit aber im Film zu zeigen, bedeutet keine Veredelung des Lichtspiels, sondern eine bedenkliche Annäherung an die gemeine Sensation. Dann: Wegeners Stärke, das Phantastische, hat in diesem Film die Stimmung verloren, es ist zur Sensationswirkung degradiert. Endlich: auch im rein Bildhaften sind Konzessionen gemacht. Man weiß längst, daß aus dem Brand einer Burg keine überwältigenden Effekte zu holen sind. Aus all diesen Gründen bedeutet der neue Wegener-Film keinen Fortschritt.

Dem Photographen, Karl **Freund**, ist vieles wunderbar gelungen. Ein paar stilisierte Szenen, der langsam heranwallende Wald von Lanzen, der Aufstieg über ein breites Kirchenportal sind bildhaft, regietechnisch und photographisch meisterhaft. Dem Schauspielerischen ist ein enges Feld gegeben. **Wegener** selbst spielt den Ferrante bullenhaft, saftig, scheusälig fleischhaft. Ernst **Deutsch** als Rächer Colonna hat ein paar hinreißend schöne Momente. Der groteske **Döblin** hütet sich geschickt vor Uebertreibungen. Lyda **Salmonova** hat nur gut auszusehen. Was sie tut. Enttäuscht verließ man das **Marmorhaus**. p—s.

Ein schöner Schwedenfilm.

Im **Primus-Palast** wird jetzt wieder der schöne Svenska-Film „**Das Lied von der glutroten Blume**" gezeigt. Mauritz **Stiller**, der künstlerisch empfindsamste Mensch unter allen Filmregisseuren, hat diese feinen, von allen Grobheiten und derben Wirkungsbegierden losgelösten Vorgängen ins Bild gebracht. Auf der Leinwand rollt wahrhaftiges, komprimiertes Menschenschicksal vorbei. Alles ist von dem Adel vertieften Spiels erfüllt, das Stoffliche im Bildlichen ganz ausgeschöpft, und das Bildhafte von edlem Anstand und eindringlichster Wirksamkeit. Kunst anstatt Kintopp. Lisebill **Christensen** und Lars **Hansen** erfreuen durch echtes, vornehm beherrschtes Spiel. p—s.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mitgliederversammlung der SPD. Groß-Berlin.

Scheidemann spricht! Freitag, den 16. Juni, abends 7 Uhr, Brauerei Friedrichshain, am Königstor. Thema: „Der Feind steht rechts!" Saalöffnung 1/2 7 Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert. Strengste Kontrolle an den Eingängen.

4. **Kreis. Prenzlauer Berg.** Donnerstag, den 15. Juni, eine Stunde vor Beginn der Kreisvertreterkonferenz, pünktlich 6 Uhr, Sitzung der weiblichen Funktionäre und sämtlicher Mitglieder des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt im Saale der freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15.

8. **Kreis. Spandau.** Donnerstag, den 15. Juni, 7½ Uhr, im Kasino der Deutschen Werke, Berliner Chaussee, Kreismitgliederversammlung. Thema: „Der Mieterschutz in der deutschen Republik". Ref. Hünlich-Wilhelmshaven, M. d. R.

1. **Kreis. Mitte.** Freitag, den 16. Juni, 8 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses mit dem Vergnügungskomitee im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24.

7. **Kreis. Charlottenburg.** Freitag, den 16. Juni, 7½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 304. Sitzung der Frauenleiterinnen. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. Ausgabe der Sammellisten.

17. **Kreis. Lichtenberg.** Sonntag, den 18. Juni, großes Volks- und Jugendfest in Friedrichsfelde, Restaurant Lindenpark, Wilhelmstr. 11. Der Abmarsch erfolgt mit Musik von der Möllendorfstr., Ecke Frankfurter Allee um 2.45 Uhr. Der Preis für Erwachsene beträgt 3,30 M., für Jugendliche unter 18 Jahren 1,80 M.

Heute, Donnerstag, den 15. Juni:

68. **Abt. Halensee.** 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Schwab, Paulsborner Straße 22. Thema: „Die letzten politischen Ereignisse". Ref. Robert Fendel.

110. **Abt. Grünau.** 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Werner, Cöpenicker Straße. Thema: „Die augenblickliche politische Situation". Ref. Kurt Kietzmann.

122. **Abt. Blankenburg.** 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Kloth, Dorfstr.

Jungsozialisten. Gruppe Friedrichshain. 7½ Uhr, Jugendheim Straßmannstraße 6. Diskussion über die Artikel Haase-Westphal. Heft 5 und 6 der Blätter mitbringen. — **Gruppe Tempelhof-Mariendorf.** Vortragsabend, Lokal Radzuweit, Tempelhof, Werder-, Ecke Kunigundenstr. Gäste und junge Parteimitglieder sind herzlichst eingeladen. — **Süden.** 7½ Uhr, Diskussion über die Auseinandersetzung Westphal-Haase in den „Jungsturm"-Blättern, in der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3.

Morgen, Freitag, den 16. Juni:

115. **Abt. Lichtenberg.** 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schlaula Kronprinzenstr. 10. Thema: „Das Reichsmietengesetz". Ref. Genosse Felgentreu.

128./130. **Abt. Pankow.** 7½ Uhr, im Jugendheim, Versammlung der Zeitungsbeschwerdekommission.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 15. Juni:

Baumschulenweg. Jugendheim Ernstr. 16. Vortrag: „Warum bin ich in der Arbeiter-Jugend"? — **Lankwitz.** Jugendheim Seidlitzstr. 63. Mitgliederversammlung. — **Neukölln-Nord.** Jugendheim Münchener Str. 50. Vortrag: „Sitten und Gebräuche im Orient". — **Rosben.** Jugendheim Gemeindeschule Putbuser Straße 35. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Kirche und Religion". — **Reinickendorf-West.** Jugendheim Volkshaus Scharnweberstraße 114/115. Mitgliederversammlung.

Am Sonntag, den 18. Juni, findet vom 17. Kreis ein Volksfest in Friedrichsfelde statt, bestehend aus Gesang, Rezitationen, Musik, Konzert, Volkstänzen und Spielen. Eintrittskarten zum Preise von 1,80 M. sind auf allen Veranstaltungen in den Abteilungen des 17. Kreises zu haben. Zum gemeinsamen Abmarsch treffen sich die Teilnehmer am Sonntag nachmittag 1/2 3 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Mittwoch, den 14. Juni.

1. **Rennen:** 1. Corona (Leimer), 2. Flandern (Einsinger), 3. Bitznau (Borowsky). Tot.: 193:10, Pl. 50, 42:10. Ferner liefen: Bannstein, Eris, Tambur.

2. **Rennen:** 1. Feldherr (Bismark), 2. Attacke (Thellen), 3. Presto (Einsinger). Tot. 24:10, Pl. 14, 19:10. Ferner liefen: Rolbart (ausgebr.), Brise (ausgebr.)

3. **Rennen:** 1. Maggie (Huguenin), 2. Pfau (Bleuler), 3. Glückstaube (Standinger). Tot. 23:10, Pl. 12, 14, 14:10. Ferner liefen: Perdi, Georg, Mrs. Funck, Harlenstein.

4. **Rennen:** 1. Lilienstein (Styß), 2. Balaleika (Borowsky), 3. Top Twig (Buhl). Tot. 53:10, Pl. 18, 15, 16:10. Ferner liefen: Sigurd, Distel II, Minnegart.

5. **Rennen:** 1. Alabaster (Mohler), 2. Lola (F. Thellen). Tot. 11:10.

6. **Rennen:** 1. Barbar (Edler), 2. Palmette (Thalecke), 3. Don Bibiou (Kränzlein). Tot. 47:10, Pl. 20, 47:10. Ferner liefen: Menike (gef.), Merseburg (gef.).

7. **Rennen:** 1. Hörselberg (E. Lüneberger), 2. Elschen (Rentsch), 3. Glaskirsche (Ebert). Tot. 21:10, Pl. 15, 21, 73:10. Ferner liefen: Sperling, Merseburg.

Arbeitersport.

Arbeiter-Sportfest auf dem Dominicus-Sportplatz. Am nächsten Sonntag veranstaltet die Freie Turnerschaft Groß-Berlin ein großes Vereinssportfest auf dem Dominicus-Sportplatz in Schöneberg, Sachsendamm, Ecke Priesterweg. Das Programm ist sehr umfangreich und beginnt mit einem Massenstillauf aller Teilnehmer, dem sich das gesamte Gebiet der Leichtathletik, insbesondere auch spannende Wettläufe über 1000 und 3000 Meter, sowie Stafettenläufe anschließen. Beteiligt sind an den Wettkämpfen Altersriegenturner, Männer, Turnerinnen, Jugendliche und Kinder. Den Abschluß bilden Wettspiele der Männer im Faustball, Turnerinnen im Tamburin- und Jugendlichen im Handball. Die Arbeiterschaft Groß-Berlins, insbesondere die sportfreudige Jugend, wird zu zahlreichem Besuch des Arbeitersportfestes eingeladen. Anfang Punkt 3 Uhr nachmittags.

Reichsarbeitersporttag in Cöpenick. Den Reichsarbeitersporttag begehen die dem 16. Bezirkssportkartell angehörenden Vereine am 18. Juni in Cöpenick, auf dem Eiche-Sportplatz. Sonnabend, den 17. Juni, nachm. 6 Uhr, findet auf dem Askaniaplatz, Marienstraße, ein Fußball- und ein Faustballwettspiel, Cöpenick—Friedrichshagen, statt. Sonntag, den 18. Juni, nachm. 2 Uhr, finden auf dem Eiche-Sportplatz große sportliche Wettkämpfe statt. Massenfreiübungen, Singspiele, Reigenfahren, Reigenschwimmen, Kunstfahren, 100-Meter-Läufe, Stafetten, Ringkämpfe, Schachsimultanspiel — versprechen einen abwechslungsreichen Sonntagnachmittag. Die Arbeiter des 16. Bezirks werden gebeten, durch zahlreichen Besuch den Reichsarbeitersporttag zu einem eindrucksvollen Propagandatag für den Arbeitersport zu gestalten. Mittags 1 Uhr wird durch Cöpenick, unter Vorantritt des Trommlerkorps vom Turnverein Schöneiche und des Musikvereins „Echo"-Cöpenick, ein Demonstrationsfestzug stattfinden. 1/2 1 Uhr sammeln sich die Vereine auf dem Wilhelmplatz in Cöpenick, erwarten dort die Vereine von Friedrichshagen, Bohnsdorf, Grünau und Schöneiche und marschieren nach dem Eiche-Sportplatz. Einlaßkarten (zugleich Programm) zu 3 Mk. sind an der Kasse sowie bei allen bekannten Mitgliedern der Sportvereine zu haben.

Arbeiter-Sportkartell Bernau. Am Sonntag, den 18. Juni, veranstaltet das Kartell zum Reichsarbeitersporttag ein Werbesportfest auf dem städtischen Sportplatz am Wasserturm. Das Programm besteht aus: Festzug (1 Uhr vom Restaurant Bellevue), Ansprache und Gesang (Marktplatz). Auf dem Sportplatz turnerische Vorführungen, Turnspiele, leichtathletische Wettkämpfe, Kunst- und Reigenfahren, Radballspiele und Fußballspiel: Bernau 1 gegen Berl. F.-C. Arminia. Es wird Volkssport im wahrsten Sinne des Wortes betrieben.

Alle Gewerkschaftskollegen des Verwaltungsbezirks 15 werden ersucht, an dem am Sonntag, den 18. Juni, im Bezirk stattfindenden Arbeiter-Sporttag teilzunehmen. Abmarsch 1 Uhr vom Bahnhof Niederschöneweide. Da das Arbeitersportkartell alle Veranstaltungen der Arbeiterschaft unterstützt, ist es Pflicht jedes Gewerkschaftlers, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Eine sportliche Kundgebung gegen die Reaktion im Lustgarten veranstaltet am Sonnabend, den 17. Juni, der Kartellverband für Sport- und Körperpflege Groß-Berlin, dem sich die Kommunisten und Unabhängigen angeschlossen haben. Der Abmarsch nach dem Lustgarten beginnt um 5 Uhr von sieben verschiedenen Stellen aus.

Turn- und Sportverein „Fichte", Berlin. Vereinsmitglieder, die sich zur Führung von Kindergruppen für die städtischen Außenspielplätze sofort bis zum 8. Juli gegen tägliche Entschädigung von 120 M. zur Verfügung stellen wollen, melden sich umgehend in der Geschäftsstelle „Fichte". — Sitzung der Verwaltungskommission Donnerstag, den 15. Juni, Zeichensaal Weinmeisterstr. 16/17, findet bestimmt statt. Wichtige Tagesordnung: Wahl des Platzverwalters.

Wetter bis Freitag mittag. Ueberwiegend bewölkt mit Regenfällen, stellenweise Gewitter. Anfangs etwas kühler bei mäßigen südlichen Winden. **Später wieder wärmer und nach Südwest drehende Winde.**

Das Jugendwohlfahrtsgesetz.

Kompromißbruch in der Koalition.

Im Reichstag erklärte am gestrigen Mittwoch das Reichswehrministerium, die Interpellationen Müller-Franken (Soz.) und Crispien (U. Soz.) über die nationalistischen Provokationen in der üblichen Frist beantworten zu wollen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung von Geldstrafen in der Sozialversicherung wurde verabschiedet, ebenso der Gesetzentwurf über die Neufestsetzung der Pauschbeträge für die Spruchsachen bei den Oberversicherungsämtern.

Darauf wird das

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz

weiterberaten.

Abg. **Leuthäuser** (D. Vp.), der gestern infolge des Ohnmachtsanfalles des Abg. Däumig seine Rede unterbrechen mußte, erklärt, daß seine Freunde für das Gesetz stimmen werden, da es bei vernünftiger Durchführung der Jugend zum Segen gereichen könne.

Abg. **Löwenstein** (U. Soz.): Das Gesetz ist nur ein Rahmengesetz; aber es gestattet, daß später allerlei Verschlechterungen hineinkommen. Die Linksparteien haben mehr erwartet. Ausführungsvorschriften genügen nicht. Der Partikularismus und die Wünsche der kirchlich gesinnten Parteien haben die Oberhand behalten. An Stelle wirklicher Jugendämter tritt nur die lose Zusammenfügung und die Zusammenarbeit verschiedener Gruppen und Kartelle. Die Bürgerlichen klagen darüber, daß den Jugendämtern das Recht der Exekutive fehlt.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) stimmt dem Gesetzentwurf zu, Abg. **Heidemann** (Komm.) lehnt ihn ab.

Staatssekretär **Schulz:**

Ich habe dem Hohen Hause für das Wohlwollen, das es diesem Gesetzentwurf von Anfang an entgegengebracht hat, zu danken. Die lange Vorbereitungszeit, die dieser Entwurf erforderte, erklärt sich aus der Mannigfaltigkeit und Schwierigkeit der zu lösenden Aufgaben. Mit den vom Ausschuß vorgenommenen Abänderungen wird die Regierung sich im Hinblick auf die dabei zutage getretene Einmütigkeit einverstanden erklären. Sie bittet aber, jetzt nur noch solche Anträge einzubringen, für die eine Mehrheit sicher ist, damit die Verabschiedung nicht verzögert wird.

§ 1 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso weitere Paragraphen unter Ablehnung unabhängiger und deutschnationaler Anträge. Das Gesetz soll zum 1. April 1924 in Kraft treten. Auch in dritter Lesung wird das Gesetz angenommen.

Es war vorher vereinbart, das Gesetz am 1. April 1923 in Kraft treten zu lassen. Noch bei der zweiten Lesung stimmten die beiden bürgerlichen Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten für diese Bestimmung. Bei der dritten Lesung unterstützten die männlichen Abgeordneten beider Parteien gegen ihre weiblichen Fraktionsmitglieder einen Antrag der Bayerischen Volkspartei, das Gesetz erst am 1. April 1924 in Kraft treten zu lassen. Der § 71 des Gesetzes, der einen Erziehungsschutz für Fürsorgebedürftige ohne Bekenntnis bringt, sollte am 1. Januar 1925 in Kraft treten. Durch ihren Verrat erreichten die männlichen Mitglieder des Zentrums und der Demokraten, daß dieser Paragraph erst vom 1. Januar 1927 an Geltung erhält. Das gesamte Gesetz wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Freitag, 2 Uhr: Anfragen, Zwangsanleihe, kleinere Vorlagen. — Schluß nach 6½ Uhr.

Das preußische Hebammengesetz.

Der Landtag beriet am gestrigen Mittwoch in zweiter Lesung das Hebammengesetz. § 1 sieht vor, daß jeder Frau in Preußen Hebammenhilfe zusteht, Beratung und Hilfe in der Schwangerschaft, Hilfe bei Störungen in der Schwangerschaft, Hilfe bei der Geburt, Versorgung der Wöchnerinnen im Wochenbett und der Neugeborenen sowie Beratung über die Pflege und das Stillen der Kinder. Die USP. beantragt hierzu, daß die Hebammenhilfe unentgeltlich sein soll.

Frau Abg. **Ege** (Soz.):

Der Mutterschutz verlangt weitestgehende fürsorgliche Maßnahmen. Großzügigkeit ist besonders bei der Erhaltung von Menschenleben geboten. Die Müttersterblichkeit ist jetzt besonders groß. Der Entschließung, daß die Wochenfürsorge und unentgeltliche Hebammenhilfe zur Reichssache gemacht werde und daß das ganze Hebammenwesen reichsgesetzlich geregelt werde, stimmen wir zu. Um das Gesetz nicht unnötig aufzuhalten, verzichten wir auf Anträge. Die Bezahlung der nicht privat praktizierenden Hebammen muß ausreichend sein, damit sie nicht durch Hunger verleitet werden, der armen Bevölkerung Geld für die Hilfe abzunehmen. Vielfach wird der Hebammenberuf als Nebenberuf betrieben. Das muß im Interesse der Mütter aufhören.

Frau Abg. **Hetzberger** (Z.): Die hauptsächlichste Bestimmung für uns ist die freie Hebammenwahl. — Abg. **Quast-Faslem** (Dnatl.) spricht für den Gesetzentwurf. — Abg. Dr. **Weyl** (U. Soz.) verlangt bestgeschulte und auskömmlich besoldete Hebammen im Dienste der sozialen Wohlfahrtspflege. — Abg **König** (Komm.) befürwortet Abänderungsanträge, durch die u. a. die Hebammen in die Beamtenbesoldungsgruppe 8 eingereiht werden sollen. — Frau Abg. **Dönhoff** (Dem.) stimmt dem Gesetz zu.

Minister **Hirtsiefer:**

Die schwierige Frage hat durch den Ausschuß immerhin eine Lösung gefunden, die hoffentlich auf längere Zeit eine Basis liefert, auf der weiter gebaut werden kann. Es wird aber vielleicht nicht möglich sein, die Ausführungsvorarbeiten so zu fördern, daß das Gesetz schon am 1. Oktober 1922 in Kraft treten kann. Das Ministerium gibt anheim, das Gesetz erst zum 1. April 1923 in Kraft zu setzen, die Regierung aber zu ermächtigen, es, falls möglich, früher in Kraft treten zu lassen. (Beifall.)

Frau Abg. Dr. **Pohlmann** (D. Vp.): Die überwiegende Mehrzahl meiner Parteifreunde stimmt dem Gesetz zu.

Das Gesetz wird in der Ausschußfassung angenommen und soll am 1. April 1923, eventuell früher, in Kraft treten. — Die Entschließungen des Ausschusses auf Gewährung einer Beihilfe für hilfsbedürftige Hebammen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, und auf reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens werden angenommen.

Abgelehnt wird u. a. ein Antrag der Unabhängigen auf Sozialisierung der Kurorte, der Heilquellen und der ärztlichen Heiltätigkeit. Angenommen wurden u. a. Anträge auf bessere Milchversorgung der Großstädte, Bekämpfung des Alkoholismus, auf sozialhygienische Ausbildung und Fortbildung von Aerzten und Zahnärzten.

Ein Antrag der Frau Ege (Soz.), bei allen Bezirksregierungen Dezernate für Bezirksfürsorgerinnen möglichst bald systematisch einzurichten, wird mit 134 gegen 112 Stimmen angenommen.

Abg. **Kilian** (Komm.) lehnt das Gesetz ab als soziale Mißgeburt, als ein verstümmeltes Samenkorn im Mutterleibe, das von der Stinneskoalition stammt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Weyl** (U. Soz.): Eine

verstinnesierte Hebamme

wird Abg. Kilian nicht auf den Tisch des Hauses legen können. (Heiterkeit.) Was soll der arme Stinnes nicht noch alles verschuldet haben?

In der Spezialberatung wird zu § 18 auf Antrag Ege (Soz.) beschlossen, daß Hebammen, die sich gegen Alter, dauernde Berufsunfähigkeit oder Invalidität versichern, die Hälfte der Versicherungsbeiträge bis zur Höhe des Ruhegeldes der Bezirkshebammen zu erstatten ist.

Das Gesetz wird endgültig angenommen; es tritt am 1. April 1923 in Kraft.

Sodann berät das Haus den **Haushalt des Ministeriums des Innern** und den berichtigten Haushalt der Schutzpolizei für 1921.

Abg. **Hauschild** (Soz.):

Die unverschämte Volksbewucherung muß mit den schärfsten Repressivmaßnahmen bekämpft werden. Die Ministerialverordnung muß rücksichtslos gegen diese Ausbeuter durchgeführt werden. Der Einspruch des Staatsrats gegen die Vorlage über das Großkraftwerk Hannover ist außerordentlich zu bedauern, denn er bedeutet eine Förderung und einen Schutz der privaten Ausbeutung des Volkes. Dem Staatsrat dürfen keine Kompetenzen zugeeignet werden, die ihm nicht verfassungsmäßig zustehen. Den Beamten, die nachdrücklich für die Republik eintreten, muß jeder Schutz durch das Ministerium gegen eine

Nadelstichpolitik antirepublikanischer Vorgesetzter

zuteil werden. Die aus dem Hinterhalt geführten Angriffe der Reaktionäre gegen die Republik und gegen die Reparationspolitik müssen gründlich abgewehrt, gegen die frondierende Bureaukratie, die immer noch den Verwaltungsapparat beherrscht, muß mit der ganzen Staatsautorität eingeschritten werden. Von 460 Landräten sind nur 60 erst nach der Revolution ins Amt gekommen. Noch lange ist nicht gutgemacht, was auf diesem Gebiete das alte Regime auch nur gegen Demokraten, Zentrum und selbst Nationalliberale gesündigt hat. Damals mußte „konservativ" regiert werden, und selbst zu einem Bennigsen konnte Bismarck Wilhelm I. kein Vertrauen einflößen. — Eine nur einigermaßen befriedigende Verwaltungsreform, eine brauchbare moderne Städte- und Landgemeindeordnung hat leider heute sehr wenig Aussicht. Die Deutschmonarchisten gehen in ihrer Presse mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen unsere Parteigenossen im Ministerium als gegen skrupellose Parteipolitiker vor. Und wie wird gegen den Präsidenten Leinert mit schamlosen Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen vorgegangen! Und was hat Scheidemann seit dem Attentat alles zu hören bekommen! Welche Orgien feiert diese Presse anläßlich der Freisprechung Killingers! Welches Toben gegen die schwarzrotgoldenen Farben! Das Gesetz zum

Schutz der Republik

muß vom Reichstag beschleunigt verabschiedet werden. Die zahllosen Regimentsfeiern u. dgl. haben unsere Freunde im Reichstage zu einer Interpellation veranlaßt, die wir namentlich wegen der traurigen Königsberger Vorgänge lebhaft begrüßen. Die Reichsregierung mußte angesichts der ganzen Situation jede offizielle Beteiligung von Behörden usw. an den nationalistischen Kundgebungen aus Anlaß der Sommerreise Hindenburgs verbieten. Die Parade der Reichswehr in der Königsberger Pionierkaserne war der reine Hohn auf dieses Verbot. Die Schuld der Reichswehr steht fest, auch das Verhalten des Polizeipräsidenten gegenüber der organisierten Arbeiterschaft ist nicht einwandfrei gewesen. (Unruhe rechts.) Die Zustände in Ostpreußen sind ohnehin seit langem geradezu unhaltbar geworden; alle möglichen antirepublikanischen Organisationen treiben dort ihr Unwesen. Die Demokratie und die Verfassung zu schützen werden wir immer auf dem Posten sein. Von dem Minister erwarten wir, daß er die guten hoffnungsvollen Ansätze, die in unserer jungen Republik zu einem modernen Staatswesen vorhanden sind, sorglich hegen und pflegen wird. (Beifall bei den Soz.)

Weiterberatung Freitag 11 Uhr.

Wirtschaft

Wirtschaftsrat und Getreideumlage.

Auf der Tagesordnung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats stand am Mittwoch zunächst der Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zum Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus dem Erntejahr 1922, das nur unwesentliche Aenderungen gegenüber der Regelung im Jahre 1921 bringt. Ein Kompromißantrag auf Beschränkung der Getreideumlage auf 2 Millionen Tonnen wurde vom Ausschuß abgelehnt. Die Vorlage wurde vom Ausschuß mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen. — Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Edler v. **Braun**, hier als Arbeitgeber der Landwirtschaft, wendete sich dagegen, daß den Landwirten zugemutet werde, das Umlagegetreide zu einem billigeren als dem Marktpreise abzugeben. Die Last der Brotversorgung dürfe nicht einseitig auf die Landwirtschaft abgewälzt werden. Die Landwirtschaft lehne einmütig die Fortsetzung der Zwangswirtschaft ab. Zu einem Preise von 300 M. pro Zentner werde die Regierung kaum Umlagegetreide erhalten. (Entrüstete Zwischenrufe der Arbeitnehmervertreter.) Redner begründet einen Antrag, die Getreideumlage nur dann in Kraft zu setzen, wenn die freiwillige Lieferung versage, sie in drei Raten von zusammen 2 Millionen Tonnen vorzunehmen und die Kosten für die beabsichtigte Brotverbilligung den leistungsfähigen Ständen gemeinschaftlich aufzuerlegen.

Redakteur **Jeliet** trat dem Vorredner scharf entgegen und betonte, ein Uebergang zur freien Getreidewirtschaft würde eine völlige Umwälzung der Wirtschaft bedeuten. Wenn die Getreideumlage als „Sondersteuer" von der Landwirtschaft abgelehnt werde, so müsse darauf hingewiesen werden, daß z. B. die Industrie die Sondersteuer der Kohlensteuer, der Hausbesitz die der Wohnungszwangswirtschaft tragen müsse. Im Interesse des Kleinbesitzes beantragt Redner, daß 5 Hektar jeden landwirtschaftlichen Besitzes von der Umlage freizulassen sind.

Hoffmann (Verbrauchervertreter) verlangte, daß zumindest die 2½-Millionen-Tonnen-Umlage des Vorjahres auch in diesem Jahre aufrecht erhalten bleibe, da auf die freiwilligen Lieferungen kein Verlaß sei, und lehnt den Antrag v. Braun ab. Weiter beantragt er, daß der Umlagegetreidepreis auf Grund einer Indexzahl entsprechend den gestiegenen Erzeugungskosten berechnet werden soll.

Ernährungsminister **Fehr** teilt mit, daß die diesjährige Brotgetreideernte die des Vorjahres unter keinen Umständen erreichen werde, und begründet damit die Notwendigkeit der Getreideumlage. Von freiwilligen Lieferungen erwartet er ein geringes Ergebnis. Die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürften nicht in einer Weise steigen, daß die Erhöhung der Produktionskosten unerträglich werde.

In der Abstimmung wurde der Vorlage unter Ablehnung aller Aenderungsanträge gegen eine große Minderheit zugestimmt.

Ueber das Zwangsanleihegesetz entspann sich sodann eine längere, lebhafte Aussprache. In der Abstimmung wurde der Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen mit den Aenderungen zugestimmt, daß die Verzinsung nach der Regierungsvorlage festgesetzt und die Freigrenze auf 200 000 Mark erhöht wird. Eine andere angenommene Entschließung fordert, vom steuerbaren Vermögen Kleinwohnungsgrundstücke auszuschließen.

Darauf vertagte sich der Reichswirtschaftsrat auf Anfang Juli.

Handelsvertrag zwischen Frankreich und Guatemala. Nach einer Havasmeldung aus Guatemala ist der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Guatemala endgültig abgeschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links. vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

A. G. 112. Vierteljahr April-Juni 21. — C. B. 4868. Groß-Berliner Spar- und Baugenossenschaft, Berlin W., Jägerstr. 13. — E. M. 2234. Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium, Alexanderplatz, Paßstelle.

Reise- und Sportkleidung!

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind.

Reise-Ulster und Schlüpfer aus Homespun, Fischgrät u. Cheviotstoff. in mod. Ausführ. von M. 3500 bis **900⁰⁰**

Sport-Paletots aus Covercoat und Cheviot ..... von M. 3000 bis **1650⁰⁰**

Reiseanzüge aus guten strapazierfähig. Stoffen in den neuesten Mustern und Farbenstellungen ..... von M. 1900 bis **1200⁰⁰**

Promenadenanzüge nach den neuesten Modellen verarbeitet, tadelloser Sitz ..... von M. 4000 bis **2000⁰⁰**

Cutaways und Westen aus besten marengo und schwarzen Stoffen ..... von M. 2700 bis **1900⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus Manchester ..... von M. 2100 bis **1500⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus farbigem Loden oder anderen schön gemusterten Stoffen ..... von M. 1900 bis **950⁰⁰**

Sport-Anzüge aus prima Stoffen, erstklassige Verarbeitung, mit Breeches oder langer Hose ..... von M. 3300 bis **2000⁰⁰**

Doppelmäntel v. beid. Seiten zu trag., als Ulster od. Regenmantel v. M. 3300 bis **2200⁰⁰**

Loden-Pelerinen aus festem Strichloden ..... von M. 1100 bis **900⁰⁰**

Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot ..... von M. 1200 bis **1000⁰⁰**

Hosen verschiedenster Art, aus Cheviot od. Kammgarn, in vielen schönen Streifenmustern ..... von M. 900 bis **200⁰⁰**

Sporthosen aus Manchester, Homespun u. ähnl. Stoffen, Breechesform v. M. 700 bis **450⁰⁰**

Tennishosen in Baumwolle von M. 500 bis **300⁰⁰** in Wolle v. M. 800 bis **600⁰⁰**

Lodenmäntel aus eleganten Strichloden, wetterfest, f. Damen u. Herren, auf Reisen unentbehrlich, für den Aufenthalt am Seestrand, im Gebirge und Kurort sehr geeignet von M. 1500 bis **850⁰⁰**

Knaben-Stoffanzüge in mannigfaltigen Mustern und Ausführungen ..... Größe 1 von M. 800 bis **250⁰⁰**

Knaben-Waschanzüge aus Satin, Regatt, Perkal usw. in jeder Form ..... Größe 1 von M. 450 bis **190⁰⁰**

Burschen-Stoffanzüge in Jackett- und Sportform, auch mit Breecheshose, in den schönsten Mustern ..... Größe 7 von M. 1300 bis **320⁰⁰**

Burschen-Waschanzüge aus festen Drell- oder Zwirnstoffen ..... von M. 500 bis **240⁰⁰**

Jünglings-Anzüge in Jackettform, aus guten Wollstoffen, modern verarbeitet ..... Größe 12 von M. 2000 bis **900⁰⁰**

Jünglings-Anzüge in Sportform m. Breecheshose aus Homespun und Fischgrätstoffen ..... Größe 12 von M. 2100 bis **1000⁰⁰**

Strohhüte u. Filzhüte, Trikotagen, Rucksäcke, Badeanzüge, Sportgürtel, Stöcke in großer Auswahl, sehr preiswert!

Anfertigungen nach Maß unter Leitung erprobter Meister

BAER SOHN

Livreen für Behörden, Banken u. industrielle Unternehmungen

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Ritter Blaubart 7 Uhr

Schauspielhaus Lumpazivagabundus 7½ Uhr

Deutsch. Theat. 7½: Potasch und Perlmutter. Freitg. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele 8¼: Vatermord. Freitg. 8¼: Vatermord

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½: Die versunkene Glocke. Freitg. 7½: Die versunkene Glocke

„Die wunderliche Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr

Komödienhaus 8 U.: „Gretchen" Glässner, Roberts.

Berliner Th. 7.30: Madame Flirt

Central-Theater 8 U.: **Mädels v. Davos**

Deutsch. Opernhaus 8 U.: **Tristan u. Isolde**

Intimes Theater 8: Die Peitsche und? — Lauf doch nicht immer nackt herum

Lustspielhaus 8 Uhr: **Der Werwolf**

Metropol-Theater 7½ Uhr: **Bajadere**

Neues Operett.-Th. Lustspiel der Terbe-Sänger 8: Cannovas Sohn

Neues Th. am Zoo 8 Uhr: **Stampolo**

Neues Volkstheater 7½ U.: **Schuster Aiolos**

Schiller-Th. Charl. 8 U.: **Charleys Tante**

Thalia-Theater 7½: Die Herren von und zu ...

Th. a. Nollendorfpl. 7½ U.: **Verliebte Leute**

Theater d. Westens 7½ U.: **Bis früh um fünfe**

Wallner-Theater 7½ U.: Die beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater 8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½: **Die Ratten**

Lessing - Th. Sommerspielzeit: allabendl. 7½ Uhr: Die Ballerina d. Königs

Deut. Künstler-Th. Sommerspielzeit Allabendl. 8: „Die erste Nacht" Aus. v. Hugo Hirsch. Max Adalbert, Lily Flohr

Komische Oper 7¼: Der Meister vom Montmartre. Offenbachs Liebeslied.

Trianon - Th. Täglich 8 Uhr: **Moral** Burg, Limburg, Junkermann, Schroth

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: **Eine Frau ohne Bedeutung** Arnold Korff, Adele Sandrock

Theater des Ostens (Rose-Theater) Auf d. Gartenb. 8 U.: Berlin-Wien-Kunstlerabend

Scala Tägl. 8 Uhr Internat. Varieté

Zelt I. Direktion: Richard Weise. Täglich ab 6 Uhr Das große Varieté-Programm. Nachm. 3-6 Uhr und Sonntags mittag 11 bis 2 Uhr Militärfreikonzerte ausgeführt von den Kapellen der Reichswehr

Wintergarten Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr: **Stettiner Sänger** Dönhoff-Brettl tgl. 7½ U.

Metropol-Varieté Behrenstr. 54, 8 Uhr. Gastsp. d. Rhein. Komikers Carl Boleska u. 10 neue intern. Varieté-Schlager

Theater a. Kottb. Tor Moritzpl. 14077 Allabdl. 7½: **Elite-Sänger** „Nur so d. Welt erzählt" — und „Der Säugling"

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7-9. Täglich **Die Prinzessin v. Nil** Operette in 3 Akten sowie Spezialitäten. Beginn 5 Uhr.

Fahrräder! Nähl., Nähmaschinen, Radfahrer kauft **Koch, Neukölln** Bergstr. 58, Laden

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Donnerstag, den 15. Juni 1922:

Elite-Tag

Großes Konzert

Varieté - Vorstellung

14 Riesen-Attraktionen

und

Großes Riesen - Brill.-Feuerwerk

vom Pyrotechniker Albert Nielandt

im neuen Saal: **Ball**

Einlaß 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Trabrennen Ruhleben

Donnerstag, den 15. Juni, nachm. 3 Uhr. 8 Rennen. Gesamtpreise 293000 M.

Kunstspielpianos u. Flügel

VIRTUOLA

Fußbetrieb / Elektrisch

beides vereinigt

ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstinszenierung

Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119 bis 120, 1. Stock

Berichtigung der Bilanz 1920.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich im Laufe des Jahres um 222 554,81 M. vermehrt. Die Haftsumme der Genossen hat sich im Laufe des Jahres um 59 728,40 M. vermehrt. Die Gesamthaftsumme betrug am 31. 12. 1920 2 4 798 00 M.

Gemeinnützige Siedlungs- und Heimstättenverein „Frei Land" Eingetragene Genossenschaft m. b. Haftpfl., Nürnberg i. B. Der Vorstand. H. Gräßler. A. Bort.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 633, 834, 835, 836.

Da zu der am 3. Juli 1922 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung fristgemäß keine Anträge eingelaufen sind, können nunmehr die Wahlkörper-Versammlungen stattfinden. Die Tagesordnung hat zu lauten:

1. Bericht von den letzten Generalversammlungen.
2. Stellungnahme zur kommenden Generalversammlung.
3. Stellungnahme zur Neuwahl des Bevollmächtigten.

Die Ortsverwaltung.

Von unten auf

Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich

Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen winkt dem Proletariat Freude am Leben u. Kraft zum Aufschwung. Ein dichterisches Andachtsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Veranstaltungen benutzen sollte.

Schön in Halbleinen gebunden 50,— Mk.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Zahn-Atelier für modernen Zahnersatz **H. Knapp** vorm. Feuker. Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonnt. 10—12. Kottbuser Damm 70/71. Tel.: Mpl. 7827

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.

Am Montag abend 10 Uhr entschlief im Krankenhaus Westend unser lieber Mitarbeiter, der Branchenleiter der Damenmaßbranche, Kollege

Friedrich Knoop

im Alter von 67 Jahren.

Sein aufrichtiger Charakter, seine selbstlose Hingabe, sowie sein stets hilfsbereites Wesen wird uns allen unvergessen bleiben.

Die Einäscherung findet statt am Freitag, den 16. Juni 1922, vormittags 10 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 101/102.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Die Angestellten des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, Filiale Berlin.

Am 10. Juni starb nach langem schweren Leiden mein heißgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, der Mechaniker

Herm. Büttner

im 51. Lebensjahre. Einäscherung Freitag, 16. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Im tief. Schmerz Die Hinterbliebenen.

Berliner Volks-Chor. Am Montag verschied unser langjähriges Mitglied Herr **Emil Langner.** Die Einäscherung findet Freitag nachm. 4½ Uhr, im Baumschulenweg statt. Rege Teilnahm. d. Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Kleide dich billig, elegant Nur bei **Garderoben-Franck** Neukölln, Böhmische Str. 47. 1 Minute vom Richardplatz

Montag nachm. 10½ Uhr entschlief sanft nach lang. schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwieger- u. Großvater **Fritz Knoop** i. 67. Lebensjahr. In tiefer Trauer Clara Knoop geb. Engert, u. Kinder. Einäsch. Freit. 16. vorm. 10 Uhr, Krematorium Wilmersd., Berlinerstr. 101/2.

Ullstein-Schnittmuster

erhältlich bei

A. WERTHEIM

Leipziger Straße — Rosenthaler Straße — Königstraße — Moritzplatz

ZUR FRAGE DER EINHEITSFRONT

Die proletarische Einheitsfront (Aufruf und Leitsätze der Exekutive der K. I.) .... Preis Mk. 1.20

Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der K. I.) .... Preis brosch. Mk. 30.—, geb. Mk. 35.—

Karl Radek: Genua, die Einheitsfront des Proletariats u. die Kommunistische Internationale .... Preis Mk. 10.50

G. Sinowjew: Alte Ziele — neue Wege .... Preis Mk. 3.—

G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront .... Preis Mk. 10.50

L. Trotzki: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale .... Preis Mk. 9.—

Clara Zetkin: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg .... Preis Mk. 10.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom

VERLAG CARL HOYM NACHF.

LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 8

Raucht nur ECHTE

Die Poesie des Orients

Die neuen Hegar-Schlager:

Trocadero .... 80 Pfg.
Preußenkrone ...... 90 „
Fürst Leopold ..... 100 „
Traumgott .... 150 „

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 3.00 M. Das fettgedruckte Wort 4.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 2.50 M., jedes weitere Wort 2.00 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 4½ Uhr nachm.** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 575, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufüchse, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Kleganderstraße 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Silberfüchse 500.—, Kreuzfüchse 400.—, Nörze 700.—, Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel, Sportpelze, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. •

Erstklassige Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Kammgarnhosen, verkauft spottbillig Luft, Reichenbergerstr. 16, Etagengeschäft, gegenüber Hochbahnstation Kottbusertor.

Weingartens Pfandleihe, Prinzenstraße 52, verkauft billig erstklassige Monatsgarderobe, Gehrockanzug, Jackettanzug, Cutawayanzug, Covercoats, Paletot, Schlüpfer, Hose. 813S*

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlüpfer, Ratenjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. •

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl, konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 3, direkt Rosenthalertor. •

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat in Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Witte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 66a, I. •

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlüpfer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Ratenjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. •

Bettwäsche billigst! Preise fast um 30 Proz. herabgesetzt. Deckbetten 169.—, Kissen 35.—, Laken 72.—. Riesengroße Auswahl in Hemdentuchen, Handtüchern, Tischtüchern, Inletts. Für Ausstattungen Sonderrabatt. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Central-Bettwäschefabrik, Charlottenburg, Berlinerstraße 99 (zwischen Wilhelm- und Luisenplatz), Friedenau, Rheinstr. 58 (an der Kaiserallee). •

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit, bequeme, diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Roßenbergstr. 16a, 2. Etage. Nähe Rosenthalerplatz. Geöffnet 9—7. •

Auf Teilzahlung. Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Zeniger, Oranienburgerstr. 58, Seitenflügel (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9—7. Hausnummer genau beachten.

Damenmäntel 175.—, vorjährige Tuchmäntel, Prachtneuheiten, Alpakamäntel, Sommerkostüme 265.—. Rahnelt, Charlottenburg, Bismarckstraße 50 II. •

Möbel

Speisezimmer, wirkliche Kaufgelegenheit, echt Eiche, Büfett, niedrig, moderne Bauart, 2 Meter breit, mit apartter Schnitzerei und Nußbaummaserungen, reizende Kredenz, komplett mit Tisch und Stühlen. Ausnahmepreis 24 500.—, Einmaliges Angebot. Möbelhaus Osten, nur 30, Andreasstr. 30.

Musikinstrumente

Pianos, preiswerte Gelegenheiten, Rehdes, Brunnenstr. 168. •

Bandonion billig. Dörfer, Krautstraße 17 (gewerblich).

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstr. 19. 140K*

Glühstrumpfasche kauft Blümel, Elsasserstraße 25a 1. •

HUNDERTTAUSENDE

lesen die „Kleinen Anzeigen" im „Vorwärts" daher der große Erfolg!

Bettwäsche billigst! Diese Woche riesige Preisermäßigungen! Bis 17. Juni Verkauf von angestaubten Bezügen 126.—, 155.—, 265.—. Kissen 34.—. Bettlaken 86.— an. Prima Ueberschlaglaken 375.—. Federdichte Inlette, prima Wäschestoffe, Dimiti, Damast, Handtücher enorm billig. Aussteuer Sonderrabatt. Bettwäschefabrik, Dresdenerstraße dreiunddreißig (Nähe Prinzenstraße). •

Bettwäsche billiger! Enorm billiger Verkauf. Bettbezüge 180, 198, 275. Bettlaken 94, 140, 195, federdichte Inletts 325 an. Prima Ueberschlaglaken 325 bis 475, Paradekissen, starkfädiges Hemdentuch 38, Dimiti, Damast, Küchenhandtücher, nur beste Qualitäten, fabelhaft billig. Fensterwaren unter Selbstkosten! Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Wäschefabriken Stumpe u. Jäger, Kottbuser Damm dreiundsiebzig. Landsberger Straße achtunddreißig. Größte Spezialfabriken für Bettwäsche. •

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450.— an. Walter, Stargarderstraße achtzehn. •

Metallbetten 200.—, Chaiselongues 275.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettgestell. Weicke, Augustraße 82a. Quergebäude. •

Schreibtische, Büromöbel, kieferne und eichene, preiswert. Märkische Holzindustrie, Wilhelmstraße 33, kein Laden. Telephon: Kurfürst 8118. •

Küchenstühle verkauft billig Zillner, Dennewitzstr. 9. 1458b

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Korbmöbel, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Küchen, edelste Formen, vornehmste bis einfachste, preiswert. Märkische Holzindustrie, Wilhelmstraße 33, kein Laden. Telephon: Kurfürst 8118. •

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142K*

Glühstrumpfasche! Spiegelabfall! Quecksilber! kauft zu Engrospreisen Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Schallplatten, Apparate, über Höchstpreis, Umtausch, Verleihung. Sprechmaschinen jeder Art, fachgemäß durchrepariert, verbessert. Baue jeden Apparat zum Trichterlosen um. Einkauf für Händler. Reparaturwerkstatt. Strelitzer Straße 47, Ecke Bernauer Str., Pietsch. Begründet 1899. •

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer im Stadtzentrum, 1. Juli oder 1. August, sucht August Imhof, Wassertorstr. 34 IV. 1427b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Eisenbeton-, Maurerpolier, welche selbständige Leitung größerer Baustellen übernehmen können, sofort gesucht. Rothbart u. Co., Berlin, Unter den Linden 17/18. 1407b*

Perfekte Plätterin, auf neu, Luxuswäsche, verlangt Georg Golinski, Mohrenstraße 49. 1429b

Wir suchen tücht., selbständige **Wagensattler** für unsere Abteilung Karosseriebau, hoher Lohn und Fahrgeldvergütung. • **Rolandwerke, Biesenthal.**

Suche für sofort älteren, erfahrenen **Schlosser od. Obermonteur** welcher alle Reparaturen an Erntemaschinen, Dreschmaschinen u. Motoren sachgemäß ausführen kann. Werkwohnung vorhanden. Angebot mit Zeugnissen u. Lohnforderung an **Georg Nauck, Dahme (Mark)**

Schwachstrom-Monteure mit langjähriger Praxis, zur Ausführung größ. Fernsprechanlagen bei hohem Stundenlohn sofort gesucht. — Bewerber wollen den Nachweis erbringen, daß sie bei einschlägigen größ. Firmen mit Erfolg tätig gewesen sind u. sich schriftl. unter Angabe ihrer bisher. Tätigkeit melden. Reisegeld 3. Kl. wird nach vorher. Vereinbar. vergütet. **Gesellschaft f. automat. Telephonie G. m. b. H. Essen, Haumannplatz 28.**

Einrichter für 220 Kaufautomaten. Pittler- u. Löwe-Revolverdrehbänke stellt ein **NAG** Oberschöneweide

Werkzeugmacher auf Schnitte und Stanzen. Gebr. Gufe, Reichenberger Str. 79/80.

Stellmacher stellt ein 1217 **NAG** Oberschöneweide.

Spezialisten

Tüchtige selbst. Gesenkmacher u. 1 tücht. Autogenschweißer gegen hohen Lohn sofort gesucht. **E. Hesse G. m. b. H. Bln.-Rosenthal** (Endstation Linie 30 Rosenthal).

Botenfrauen und Männer

werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:

Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Bärwaldstraße 42
Bastianstraße 7
Borhagener Str. 61
Greifenhagenerstr. 22
Immanuelkirchstr. 24
Lausitzer Platz 14/15
Marienstraße 36
Müllerstraße 34a
Petersburger Platz 7
Prinzenstraße 31
Steglitzer Straße 34
Wattstraße 9
Wilhelmshavener Straße 45
Borsigwalde, Ränkestraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Neckarstr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Hennstr. 23
Schöneberg, Belziger Straße 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 31